Einzelpreis 30 Pf.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller. Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindau Magdeburg, Große Münzstraße 1. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co. Magdeburg. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567. für die Redaktion 1794. für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag. Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 18.00 Mk., monatl. 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 8gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk. Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 5755 Berlin.

Nr. 186. Magdeburg, Mittwoch den 11. August 1920. 31. Jahrgang.

Die Magdeburger Spitzelzentrale entlarvt.

Der Doppelkrieg.

Während die Russen ihr Umkreisungsmanöver von Warschau und um den Nordflügel der polnischen Armee erfolgreich fortsetzen, geht der Krieg auf der diplomatischen Front mit ebenso großer Heftigkeit weiter. Auch hier haben die Russen bisher die Oberhand behalten, soweit man die Situation aus den verschiedenen Mitteilungen beurteilen kann, die heute vorliegen.

Die russische Mission in London veröffentlicht nämlich eine an die englische Regierung gerichtete Note Lenins, die die sofortige Waffenruhe ablehnt. Die Note lautet:

> Sobald Polen die Waffenstillstandsbedingungen annimmt, die sich in der Hauptsache mit der Herabsetzung der Streitkräfte befassen, wird der Rückzug der Sowjettruppen auf die vom Obersten Rat am 8. Dezember 1918 bestimmte Demarkationslinie, die neuerdings von Lord Curzon in seiner an Tschitscherin gerichtete Note vom 20. Juli wiederholt wurde, vollzogen werden. Gleichzeitig wird auch die Stärke der Sowjettruppen an der Demarkationslinie herabgesetzt werden, vorausgesetzt, daß die Ententemächte und insbesondere Frankreich sich verpflichten, das Vorgehen gegen die Sowjetarmee sofort einzustellen und gegen Sowjetrußland an keiner Stelle der Grenze weiter vorzumarschieren, um auf die Sowjettruppen irgendeinen Druck auszuüben. Ferner muß die Armee des Generals Wrangel aus der Krim zurückgezogen werden.

Nach einem Funkspruch aus Moskau ist übrigens die Armee Wrangels nach 10tägigen Kämpfen zurückgeworfen worden.

Das Manöver der Sowjetregierung ist ebenso klar, wie das der Alliierten unaufrichtig und hinterhältig ist. Die Entente befindet sich Sowjetrußland gegenüber allerdings im Nachteil. Während in Moskau ein einheitlicher Wille herrscht, der zielbewußt auf die Niederwerfung Polens und die

Ausschaltung der Entente

hinarbeitet, besteht im Lager der Entente durchaus keine Einigkeit, weder in der Kriegführung noch in den diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln, die gegen Sowjetrußland anzuwenden wären. Italien macht überhaupt nicht mehr mit. Es hat ostentativ seine Besatzungstruppen aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet zurückgezogen und scheint sich um die weitere Entwicklung der Dinge nicht mehr kümmern zu wollen. In Wirklichkeit fehlen Italien die Machtmittel, um seine Politik gegenüber England, besonders aber gegenüber Frankreich durchsetzen zu können. Und so bleibt Italien schmollend und grollend beiseitestehen — besonders grollend — und schielt immer mehr nach Deutschland, mit dessen Haltung es sich solidarisch fühlt.

Bleiben also nur mehr England und Frankreich, denn Amerika hat sich längst zurückgezogen. Aber wenn auch nur noch diese zwei Westmächte übrigbleiben, auch sie sind sich

durchaus nicht einig.

Das geht offensichtlich aus der Tatsache hervor, daß die beiden Bevollmächtigten Sowjetrußlands Kamenew und Krassin auf Einladung der englischen Regierung sich in London befinden und mit Lloyd George unterhandeln, während die französische Regierung sich bisher geweigert hat, mit der Sowjetregierung direkt oder indirekt zu unterhandeln. Diese Unstimmigkeiten müssen in immer wiederkehrenden Konferenzen ausgeglichen werden. Daß dies die Aktionskraft nicht gerade erhöht, daß man schließlich sich darüber einigt, nichts zu tun, weil man nicht einig zu werden vermag über das, was getan werden müßte, ist leicht begreiflich.

Nun sind Lloyd George und Millerand wieder in Hythe beisammen, umgeben von ihren militärischen und diplomatischen Beratern, um neue Schliche zu erfinden, nachdem ihr Hinziehungsmanöver der Sowjetregierung bekannt und von ihr pariert wurde. Lenin hat in der oben wiedergegebenen Note klar ausgesprochen, daß die wesentliche Bedingung der Einstellung der Feindseligkeiten

die Entwaffung Polens

ist. Was die Alliierten, die heuchlerisch bisher behauptet hatten, Rußland versuche den Frieden zu verhindern, während der offiziöse „Temps" kürzlich selbst feststellte, daß Polen bereits im September 1919 mit Rußland Frieden machen wollte, von den Alliierten aber zurückgehalten wurde — was die Alliierten jetzt erfinden werden, um den Krieg weiter zu führen, die Schuld daran jedoch Sowjetrußland aufladen, geht aus den Mitteilungen über die Konferenz von Hythe nicht hervor.

Die „Action Française" behauptet, Frankreich habe vorgeschlagen, die Ententetruppen in Oberschlesien nach Polen zu schicken. Dieser Absicht habe Lloyd George jedoch widersprochen mit der Begründung, daß Deutschland dagegen protestieren werde.

Es ist klar, daß es bei der Verschickung der Truppen, die ein schwerer Neutralitätsbruch und ein

Verrat am Völkerbund

wäre, in dessen Namen die Truppen nach Oberschlesien geschickt wurden, nicht bleiben würde. Denn diese Truppen brauchten Munitionsnachschübe, und daß England und Frankreich sich nach dem ersten Neutralitätsbruch nicht an einen zweiten stoßen würde, liegt auf der Hand.

Was aber sonst? Litauen, Estland, Lettland, Finnland, Rumänien und die Tschechoslowakei, die begründet und vergrößert wurden, um für die Alliierten die gebratenen Kastanien aus dem Feuer zu holen, lehnen dankend ab. Sie lassen nicht einmal Munitionstransporte durch ihre Länder.

Die Alliierten mögen sich drehen und wenden wie sie wollen, sie werden jetzt Farbe bekennen müssen. Entweder sie führen offen Krieg gegen Rußland oder sie schließen ehrlich — eine allerdings erzwungene Ehrlichkeit — Frieden. Das Doppelspiel des doppelten Feldzugs kann nicht mehr lange vorhalten. —

Haussuchungen und Beschlagnahmen.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit:

Langwierigen Bemühungen ist es gelungen, hier eine der Spitzelzentralen festzustellen, die durch gefälschte Berichte über angebliche linksradikale Kampfpläne seit langem die Oeffentlichkeit beunruhigen. Umfangreiches Material, teils halbfertige, teils fertige Putschpläne und Putschmeldungen sind teilweise bei den Erfindern selbst beschlagnahmt worden.

Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland und steht mit der Organisation Escherich in innigstem Zusammenhang, mit der sie auch regelmäßig ihre „Vereinsnachrichten" austauscht.

Leiter der Spitzelzentrale in Magdeburg ist ein u. a. wegen Zuhälterei vielfach vorbestrafter früherer Militärspitzel namens Altmann, der ebenso wie einzelne andre Spitzel mit amtlichen militärischen Ausweisen versehen war. Leiter der Orgeschzentrale in Berlin ist der berüchtigte Hauptmann Jansen von der früheren Zentrale für Einwohnerwehren in Berlin.

Auch das Original der kürzlich von der „Magdeburgischen Zeitung" veröffentlichten Meldung über die Sowjetrepublik in Magdeburg stammt aus dem Altmannschen Spitzelbureau und ist beschlagnahmt worden. Die Nachforschungen haben ergeben, daß sie frei erfunden und daß alle darin genannten, nicht in Magdeburg wohnenden Personen nicht existieren. Selbst die angegebenen Straßen und Hausnummern sind in den betreffenden Städten vielfach nicht vorhanden. Auch dieser von Altmann mit eigner Hand geschriebene Putschplan ist beschlagnahmt worden.

Alle weiteren Maßnahmen zur Aufdeckung der gesamten Organisation sind getroffen. Näheres kann erst nach Abschluß der Ermittlung und Sichtung des äußerst umfangreichen Materials bekanntgegeben werden.

Soweit die Mitteilung des Oberpräsidiums. Wir sind in der Lage, auf Grund eigner Nachforschungen in den nächsten Tagen einige Enthüllungen über die Organisation des deutschen wie insbesondere des Magdeburger Spitzelwesens anfügen zu können. Zum höheren Ruhme der „Magdeburgischen Zeitung", die einem dieser Putschpläne Altmanns mit hochernster politischer Miene aufgesessen ist. Und zur Warnung unsrer Arbeiter und Leser. —

Die deutschen Reaktionäre toben.

Der Aufruf der drei sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften zur Wahrung der deutschen Neutralität, den wir gestern mitgeteilt haben, löst in der rechtsstehenden Presse Tobsuchtsanfälle aus, die so recht zeigen, wie es in Wirklichkeit um die „nationale" Gesinnung dieser Herrschaften steht.

Zunächst äußert diese Presse starkes Unbehagen darüber, daß wenigstens in dieser Frage eine Einigung der Arbeiterschaft erzielt worden ist. Alle witzelnden und höhnenden Bemerkungen über diese Tatsache beweisen, wie sehr die Einigkeit des Proletariats auf der Rechten gefürchtet wird. Diese Furcht ist so groß, daß die ultrakonservative „Kreuzzeitung" die Sozialdemokratie schon „im Fahrwasser der Kommunisten" marschieren läßt.

Als besonders gewichtiges Argument wird mit ängstlicher Gebärde von „Kreuzzeitung", „Täglicher Rundschau", „Deutscher Tageszeitung" die Besorgnis vor Verwicklungen mit der Entente ins Treffen geführt. Schau einer an, wie vorsichtig die Herrschaften in dieser Beziehung plötzlich geworden sind! Wenn ein dummer Junge die Trikolore vom Gebäude der französischen Botschaft reißt, wenn ein französischer Soldat in den Straßen Berlins von einer fanatisierten Menge erstochen wird, dann schreien diese jetzt so besorgten Blätter hurra! und verlangen die Ablehnung jeder Genugtuung, ganz unbekümmert um die Verwicklungen, die sich aus solchen sinnlosen Affekthandlungen ergeben können! Wenn aber die Arbeiterschaft etwas Planmäßiges und Wohlüberlegtes tut, was wirklichen Erfolg verspricht, dann zittern die „nationalen" Herrschaften vor der Vergeltung der Entente!

Diese heuchlerische Haltung wird durch nichts besser beleuchtet als durch die Ausführungen, die Otto Hoetzsch, deutschnationaler Abgeordneter für den Reichstag und die Preußische Landesversammlung, in der reaktionären schwerindustriellen „Post" macht und die in diametralem Widerspruch zu dem Gegeifer seiner Gesinnungsgenossen stehen. Hoetzsch schreibt:

> Noch ist die deutsche Grenze im Osten nicht vom Russisch-Polnischen Kriege berührt und verlegt, noch sind auch Anforderungen der Entente nicht an uns ergangen, die deutschen Eisenbahnen zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial freizugeben. Würde das erzwungen, so würde ein neutraler Staat zur Operationsbasis für eine Kriegspartei gemacht und von der andern Kriegspartei dann als feindlich betrachtet. Im Streike würden sich die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter dagegen entschieden wehren. Was alles das für unser Vaterland in seiner heutigen Lage bedeuten würde, braucht nicht ausgemalt zu werden.
>
> Es bedarf auch keines Wortes, daß sich Deutschland mit dem Letzten, was es hat, dagen wehren muß, wie im Dreißigjährigen Kriege das Schlachtfeld Europas zu werden.
>
> In Spa traten in der Rede des Abg. Hue die deutschen Bergarbeiter auf den Plan der großen Politik, mit der Ueberwachung und Kontrolle fremder Militärtransporte in Deutschland tun jetzt die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter das gleiche in ihrem Interesse, aber sie handeln damit auch für Deutschland, und für die Erhaltung der deutschen Reichseinheit.

Nach dieser hohen Anerkennung aus gegnerischem Mund erübrigt sich jede weitere Diskussion mit den sonstigen alldeutschen Federhelden über die außenpolitische Bedeutung des Aufrufs.

In Wirklichkeit ist auch der außenpolitische Gesichtspunkt nur ein vorgeschobener. Für die Reaktionäre handelt es sich um etwas ganz andres, was die „Kreuzzeitung" ausdrückt, wenn sie ihren Artikel überschreibt: „Die sozialistische Nebenregierung", und die „Deutsche Tageszeitung" mit Ausdrücken wie „auf dem Wege zur Räterepublik —, Verräterisierung (!) Deutschlands auf kaltem Wege —, Versuch politischer Machtaneignung" usw. Die Herrschaften wurmt es, daß die Arbeiterklasse sich, sobald sie geschlossen ist, als stärkster Machtfaktor in Deutschland erweist.

Diese Macht der Arbeiterklasse ist es, die sie mit grimmigstem Hasse bekämpfen. Die Deutschnationalen gehen lieber mit der Entente gegen die deutschen Arbeiter, wenn sie diese niederknütteln können, als mit den deutschen Arbeitern gegen die Entente, um die deutsche Neutralität zu wahren.

Das ist deutschnationaler und volksparteilicher Patriotismus.

Schützt die deutsche Neutralität!

Der Reichsverkehrsminister hat alle Reichseisenbahnbehörden nochmals angewiesen, streng nach der Verordnung der Reichsregierung vom 30. Juli zu verfahren, in der alle Güter aufgezählt sind, deren Aus- und Durchfuhr nach kriegführenden Ländern auf Grund der Neutralität Deutschlands verboten ist. Er ordnet an, daß der Inhalt dieser Verordnung allen Eisenbahnbediensteten bekanntzugeben und dabei nachdrücklich zu betonen ist, daß willkürliche Erweiterungen der Sperrmaßnahmen und alle eigenmächtigen Eingriffe in den Betrieb durch Bedienstete der Verwaltung oder durch betriebsfremde Personen unzulässig sind, und daß durch sie gerade die Kriegsgefahr herbeigeführt wird, deren Beseitigung sich die Reichsregierung zum Ziele gesetzt hat.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) fordert, ebenso wie die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, auch die deutsche Angestelltenschaft auf, jeden Versuch einer Neutralitätsverletzung mit allen Kräften zu verhindern.

Die Linien-Kommandantur Erfurt meldet das Eintreffen eines Zuges mit zwei französischen Offizieren und 20 Güterwagen, als deren Reiseziel Lissa in Posen angegeben war. Der Zug ist zwecks Prüfung aufgehalten worden.

* * *

Die Russen vor Warschaus Toren.

In einem scharfen Vormarsch, der selbst in den frühern deutschen Stellungen, die sich durch das Sumpfgelände östlich Mlawa hinziehen, keinen polnischen Widerstand fand, haben die russischen Kavallerieabteilungen von Przasnysz nach Westen und Südwesten ausschwärmend, am Montag Mlawa und Ciechanow besetzt und hiermit die direkte Verbindung von Warschau mit Danzig durchschnitten. Daß den Russen diese wichtigste Nordverbindung fast ohne ernsthafte Kämpfe in die Hand fallen konnte, läßt auf ein völliges Nachlassen des polnischen Widerstandes und die Auflösung des polnischen Nordflügels schließen.

Jede von Ciechanow nach Süden gerichtete schnelle russische Vormarschbewegung verlegt nun den noch im Raume von Ostrolenka bis an die Buglinie kämpfenden polnischen Truppen den Rückzug nach Warschau. Da auch die Buglinie in breiter Front überschritten ist und sich hier eine starke Vorwärtsbewegung geltend macht, ist der militärische Zusammenbruch Polens nicht mehr aufzuhalten. Die Russen sind einen Tagesmarsch von Warschau entfernt, wo die Reste eines in wochenlangem Rückzug geschlagenen und aufgelösten Feindes zusammengepfercht sind.

Da die nördlichen Flankierungspatrouillen nicht in den Soldauer Zipfel eingedrungen sind, obwohl sie dort keinen Widerstand gefunden hätten, scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß ein Befehl der russischen Heeresleitung vorliegt, die deutsche Grenze von 1914 nicht zu überschreiten.

* * *

Letzte Meldungen.

W. T. B. London, 9. August. Unterhaus. Ueber die russische Frage wurden am Montag zahlreiche Fragen an Bonar Law gerichtet. Dieser gab bekannt, der Premierminister werde morgen eine Erklärung abgeben. Es bestehe nicht die mindeste Gefahr, daß das Haus sich einem Kriege gegenübersehe, ohne daß zuvor genügend Gelegenheit zur Erörterung der Lage gegeben worden sei. Clynes meinte, ob dies so aufzufassen sei, daß keine Vorbereitungen für kriegerische Maßnahmen getroffen werden. Bonar Law entgegnete, das hänge davon ab, was man unter solchen Maßnahmen verstehe. In Erwiderung auf eine andre Anfrage bemerkte Bonar Law, der Premierminister legte in der letzten Woche ausdrücklich dar, daß wir unsre gegenwärtigen Schritte aus Besorgnis davor unternehmen, daß die Bolschewisten die Unabhängigkeit Polens vernichten könnten und um unser möglichstes zu tun, damit Polen vernünftige Friedensverhandlungen erhält. —

W. T. B. Amsterdam, 10. August. Der „Telegraaf" erfährt aus Hythe von gut unterrichteter Seite, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die Alliierten beschlossen hätten, Polen durch technische Ratgeber, durch Munitionssendungen und möglicherweise durch einige Maßnahmen zur See zu unterstützen, nicht aber durch Entsendung von Truppen. Die Konferenz zwischen den russischen und den polnischen Vertretern werde am Mittwoch in Minsk stattfinden. Kamenew und Krassin werden in London bleiben, um die englische Regierung über die Besprechungen in Minsk auf dem laufenden halten zu können. —

W. T. B. Kopenhagen, 10. August. Nach einem Telegramm aus Riga wurde auf der lettisch-russischen Friedenskonferenz in Riga über alle Fragen eine Einigung erzielt. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Lettland und Sowjetrußland wird für heute oder morgen erwartet. —

W. T. B. Danzig, 9. August. Die polnische Regierung hat den gesamten privaten Fernsprech- und Telegrammverkehr mit Polen unterbunden. —

Ein unabhängiger Sieg.

Die Nachricht, daß bei der vor kurzem erfolgten Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin ein rechtsstehendes Ministerium zustande gekommen sei, hat in den Kreisen unsrer Parteigenossen allgemeines Aufsehen erregt. Man hielt es für ausgeschlossen, daß ein Volk, das jahrhundertelang unter der Knechtschaft des Junkertums geseufzt und das nach dem Fallen seiner Ketten in den Novembertagen 1918 aufgejubelt hatte, kaum zwei Jahre nach der Revolution sich wieder in dieses Sklavenjoch begeben müßte. Und man traute seinen Augen nicht, als man las, die Wahl dieses neuen reaktionären Ministeriums sei erfolgt mit 28 gegen 32 — in Wirklichkeit waren es sogar 34 — Stimmen, die in Form weißer Zettel in die Erscheinung traten. Die Nachricht ist jedoch zutreffend. Wir glauben es der Parteigenossenschaft im Reiche schuldig zu sein, ihnen über die Vorgänge, die ein solches Resultat zeitigen konnten, Aufklärung zu geben.

Die im Januar 1919 im unmittelbaren Anschluß an die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefundenen Wahlen zum verfassunggebenden Landtag für Mecklenburg-Schwerin ergaben, daß von 64 Sitzen 32 auf die Sozialdemokraten, 17 auf die Demokraten und der Rest auf die rechtsgerichteten Parteien entfielen. Es kam ein Koalitionsministerium zustande, dem drei Parteigenossen und zwei Demokraten angehörten. Dasselbe leistete, wie selbst von den Gegnern zugegeben worden ist, fruchtbare Arbeit auf dem Wege zur freiheitlichen Entwicklung des Landes.

Dann kam der Kapp-Putsch und mit ihm das vorzeitige Ende des verfassunggebenden Landtags. Nach dem Willen der Kappisten in Mecklenburg-Schwerin mußte angenommen werden, daß die Wahlen für die Sozialdemokratie einen sehr guten Verlauf nehmen würden. Diese Auffassung war eine irrige; die monatelang betriebene systematische Hetze der Rechtsparteien, der sich eine nicht minder skrupellose, wüste Agitation der Unabhängigen und Kommunisten anschloß, verfehlten ihre Wirkung nicht. Ein merklicher Ruck nach rechts war die Folge. Die Zahl der Mandate der rechtsgerichteten Parteien stieg von 15 auf 29, unsre Partei erhielt 26, die Unabhängigen erhielten 5 und die Demokraten nur 4 Sitze. Der Ausfall der Wahl war für die letztgenannte Partei geradezu katastrophal.

Entsprechend dem Wunsche der weitesten Kreise der Bevölkerung versuchte nun zunächst die Sozialdemokratie als stärkste Partei die Regierungsbildung. Sie

wandte sich an die Unabhängigen

und schlug ihnen auf der Grundlage der in Braunschweig für die Regierungsbildung zwischen unsrer Partei und der U. S. P. maßgebend gewesenen Richtlinien ein Zusammengehen mit den Demokraten vor. Die Unabhängigen lehnten ab und stellten für eine rein sozialistische Minderheitsregierung, die natürlich auch nicht einen Tag lebensfähig gewesen wäre, eine Reihe Bedingungen — u. a. Bewaffnung des Proletariats, Verzicht der bisherigen sozialdemokratischen Minister —, die völlig unannehmbar waren. Hätten die Unabhängigen nicht diesen, den Arbeiterinteressen direkt ins Gesicht schlagenden Standpunkt eingenommen, dann wäre es vielleicht doch möglich gewesen, in Gemeinschaft mit den Demokraten die Regierungsbildung zu vollziehen. Die Unabhängigen lehnten es auch ab, einer sozialdemokratisch-demokratischen Minderheitsregierung gegenüber wohlwollende Neutralität zu üben. So spielten sie

der Rechten die Regierung in die Hände.

Da nunmehr auch die Demokraten den Beschluß faßten, weder in eine sozialdemokratisch-demokratische Minderheitsregierung einzutreten, noch mit den Unabhängigen oder den Deutschnationalen eine Regierung zu bilden, so war die Tätigkeit in der Frage der Regierungsbildung beendet.

Jetzt trat die Rechte in Aktion. Die Deutsche Volkspartei, die in Mecklenburg, im Gegensatz zu dem Verhalten ihrer Parteigenossen im Reiche, für die Verfassung gestimmt hatte, übernahm die Führung. Sie trat auch an unsre Partei, die bereits früher ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt hatte, heran und versuchte unter unsrer Mitwirkung ein Kabinett zustande zu bringen. Die verschiedenen Vorschläge der Volkspartei — Koalitionskabinett mit der letzteren, zwei Sozialdemokraten und zwei sogenannte Neutrale usw. — fanden nicht die Zustimmung unsrer Fraktion, dagegen waren wir bereit, einem Kabinett auf folgender Grundlage: drei Sozialdemokraten und zwei politisch nicht hervorgetretene Fachminister, unsre Zustimmung zu geben. Das lehnten aber die Rechtsparteien ab.

Damit waren alle Möglichkeiten einer Kabinettsbildung unter unsrer Mitwirkung erschöpft und es mußte nun

zum offenen Kampfe kommen.

Die Rechtsparteien verfügten mit ihren 29 Stimmen nicht über die Mehrheit, die Sozialisten beider Richtungen mit ihren 31 Stimmen aber ebensowenig. Die schwächste Fraktion, die Demokraten mit ihren vier Mandaten, war das Zünglein an der Wage.

In dieser Situation erklärten sich nun die Unabhängigen bereit, bedingungslos mit uns gemeinsame Sache zu machen und so stellten wir der Rechtsliste unsre gemeinsame Liste — 3 M.-S. und 2 U. S. — entgegen. Unmittelbar vor der Wahl erfuhren wir, daß die Demokraten beschlossen hätten, zwischen den beiden Listen Auswahl zu halten. Es wäre also mit der Möglichkeit zu rechnen gewesen, daß zwei oder drei Sozialdemokraten — unter Ausfall der U. S. — und zwei oder drei Rechtsstehende zu Ministern gewählt würden. Das konnten wir selbstverständlich nicht mitmachen und deshalb beschlossen wir im letzten Moment,

weiße Zettel abzugeben,

um die Absichten der Demokraten zu durchkreuzen. Hierauf gaben auch die Demokraten weiße Zettel ab. So wurden alle 28 resp. 29 Zettel der Rechten und 35 resp. 34 weiße Zettel der Sozialisten und Demokraten abgegeben. Das rechtsstehende Ministerium war damit gewählt. Es setzt sich zusammen aus einem früheren deutschnationalen Abgeordneten, einem den Deutschnationalen sehr nahestehenden Minister, zwei Rechtsparteilern und einem Juristen, der sich angeblich noch nie in seinem Leben mit Politik beschäftigt hat, von dem aber die Rechtspresse behauptet, daß er Volksparteiler sei.

Natürlich erklärte das Ministerium bei Entwicklung seines Programms, daß es „ein Ministerium der Versöhnung und des Ausgleichs" sein wolle. Das sind nur Redensarten! Selbst wenn bei den Herren wirklich diese Absicht besteht, so können sie ihre Versprechen gar nicht halten. Mecklenburg-Schwerin hat ein rechtsstehendes Ministerium und das macht sich heute schon

in allen Amtsstuben bemerkbar.

Die Männer, die jetzt im Ministerium sitzen, sind Fleisch vom Fleisch der alten reaktionären Verwaltungsbeamten, deren Ersetzung der bisherigen Regierung nicht möglich war, und die nun Oberwasser haben. Sie werden dem Volke schon zeigen, daß sie jetzt wieder das Heft in Händen halten und daß kein sozialdemokratischer oder demokratischer Minister ihnen mehr in die Suppe spucken kann.

Aber auch nach dieser Zeit kommt wieder eine andre. Das Proletariat und — so hoffen wir — das wirklich demokratisch gesinnte Bürgertum Mecklenburgs wird auf dem Posten sein und zu gegebener Zeit der Rechtsregierung in Mecklenburg ein Ende machen. Das aber ein solches böses Zwischenspiel überhaupt einsetzen muß, ist ausschließlich Schuld der Unabhängigen. Auch in Mecklenburg-Schwerin haben sie einen ihrer revolutionären Siege erfochten, die den Reaktionären die Macht ausliefern.

J. Stelling (Schwerin).

Die Amnestie.

Die Amnestievorlage, die vom Reichstag auch mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen genehmigt worden ist, stellt ein Kompromiß dar, das der Zusammensetzung des Parlaments entspricht. Wäre es nach dem Wunsch unsrer Partei und der Unabhängigen gegangen, würden sich die Gefängnistore für alle Arbeiter öffnen, die in den Revolutionsmonaten verurteilt worden sind.

Es waren sicherlich keine ehrlosen Motive, die den Proletariern die Waffen in die Hand gedrückt haben. Auch soll man nie vergessen, in welchen physischen und seelischen Verhältnissen sich Hunderttausende von Familienvätern und Millionen von Menschen nach einem vierjährigen Kriege befanden. Nicht allein, daß vom 18. bis 50. Lebensjahre alle waffenfähigen Männer zum Heeresdienst eingezogen und in den Krieg geschickt waren, wo ein Menschenleben weniger galt als ein Pferd. Nicht allein, daß vor allem die Jugend jegliche Scheu vor Menschenleben zerstört bekam, daß die Kämpfer in einem langjährigen Frontdienst Menschenmord als die sittlichste und christlichste Tat ansehen mußten — mehr als dies hat der Hunger die Menschen körperlich und seelisch zerrüttet.

Schlimmer noch als die Männer an der Front litten in der Heimat die Frauen und Kinder, die des Ernährers beraubt, jahrelang darbend in den Fabriken standen und das Familienleben nur noch dem Namen nach kannten. Demgegenüber die besitzenden Klassen, die nur noch einen Gedanken hatten: sich zu bereichern! Wohl blieben die Milliarden im Lande, wohl gab es hohe Löhne. All diese Milliarden aber flossen in die Taschen der Industriebarone, Großgrundbesitzer, der Schieber und Wucherer. Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel stiegen von Monat zu Monat zu schwindelnder Höhe. Kaum daß die Arbeiterfrauen und die Beamten auch nur die rationierten Eßwaren kaufen konnten, geschweige Kleider und Schuhe. Mit dem Kriegsende sahen wir ein verblutetes, verhungertes und von den Kapitalisten völlig ausgeplündertes Volk.

Die Revolution kam, die Blockade blieb, die Arbeitslosigkeit stieg, und mit der Not wuchsen wiederum Wucher und Ausbeutung. Wenn in solchen Stunden verzweifelte und oft irregeleitete Menschen zur Selbstwehr griffen, wenn sie in falschem Glauben an die Gewalt, die man sie gelehrt hatte, eine bessere Gesellschaftsordnung schaffen wollten, und auch die republikanischen Regierungen leider mit Gewalt dagegen einschreiten mußten, um den Staat zu erhalten und damit das Volk vor einem noch größerm Elend zu bewahren, so ist das schließlich zu begreifen.

Jetzt, nachdem wieder Ruhe in Deutschland herrscht und die Opposition von links friedlich und urteilsfähiger geworden ist, wer wollte da die Menschen noch länger in den Gefängnissen lassen, die fast alle ein Opfer ihrer Verhältnisse geworden sind. Ganz abgesehen von den Tausenden, die im Ruhrgebiet verurteilt wurden und teils noch in Untersuchung sitzen, weil sie gegen Kapprebellen und übermütige kaiserjüchtige Generale die Republik verteidigen wollten.

Mit Recht haben die sozialistischen Parteien die Kapp-Rebellen von der Amnestie ausgeschlossen. Sie haben aus ganz andern Motiven heraus Unruhen und Blutvergießen verschuldet und vor allem den Eid gebrochen, den sie der Regierung geleistet hatten. Die Reaktionäre sollen hier nicht einwenden, es müßten dann auch Scheidemann und alle die eingesperrt werden, die im November 1918 an der Revolution teilgenommen haben. Damals waren die Dinge anders. Der Kaiser, die zivilen und militärischen Befehlshaber waren geflohen und hatten die Beamten ihres Eides entbunden, ja sogar aufgefordert, sich den neuen Männern zur Verfügung zu stellen.

Leider haben die bürgerlichen Parteien den Antrag der Sozialdemokraten niedergestimmt und ebenso unsern Antrag abgelehnt, der selbst den wegen schwerer Körperverletzung und Raubes verurteilten Revolutionskämpfern die Freiheit wiedergeben sollte. Dieser Antrag entsprach den menschlichen Gründen, die wir oben gewürdigt haben. Wenn die Bürgerlichen heute von Räubern sprechen wollen, sollen sie sich nicht nur über die entrüsten, die einen Einbruch begehen und bestraft werden, sondern auch über die Kapitalisten, die jährlich Milliarden über Milliarden von den Verbrauchern „verdienen"! Mit ihrem Antrag dachten die sozialistischen Parteien vor allem daran, daß im Ruhrgebiet zahllose wegen Raubes verurteilt worden sind, die sich einer solchen Straftat, wenn das Gesetz richtig ausgelegt worden wäre, überhaupt nicht schuldig gemacht haben.

Leider ist der reaktionäre Anschluß Bayerns so stark auf das Reich, daß die bayrischen Revolutionäre aus der Rätezeit nicht unter die Amnestie fallen. Die Reichsregierung entsprach den Wünschen der bayrischen Kapp-Regierung schon im Gesetzentwurf und die bürgerliche Mehr-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 186. Magdeburg, Mittwoch den 11. August 1920. 31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. August 1920.

Unabhängige Schieber.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Magdeburg, hat am Sonntag den Beschluß gefaßt, der Druckerei der „Volksstimme" Aufträge von Verbandswegen nicht mehr zu geben, wie aus dem in dieser Nummer an andrer Stelle veröffentlichten Bericht hervorgeht. Wenn wir zu diesem Beschluß das Wort nehmen, so gewiß nicht deshalb, weil die Druckerei diese Arbeiten nicht verschmerzen könnte; sie gingen seit dem Bestehen der unabhängigen „Volkszeitungs"-Druckerei ja ohnehin nur spärlich ein.

Und wir zweifeln gar nicht daran, daß die Organisationen, die solidarische und anständige Gesinnung noch pflegen — und das ist glücklicherweise die übergroße Mehrheit —, den kleinen Ausfall durch vermehrte Zuweisung von Aufträgen reichlich ausgleichen wird. Unsre Aufgabe ist lediglich, allen sichtbar an den Pranger zu nageln, wie hier Arbeiter und Arbeitervertreter die Freiheit der Meinung, das unantastbarste und höchste Menschenrecht, strangulieren wollen mit der Hungergarrotte. Alles das, was die Vertrauensmänner der Metallarbeiter, die diesen Boykottbeschluß ja schon früher faßten, die Mehrheit der Generalversammlung, die ihm zustimmte, und die Leitung, die ihn nicht bekämpfte, hier tun, ist das, was sie der deutschen Kapitalistenklasse stets mit Recht vorgeworfen haben: Maßreglungen aller Art, besonders die Ausgabe schwarzer Listen, das waren die Mittel, um die Arbeiter zur Unterwürfigkeit zu zwingen, sie zu stummen Sklaven des Unternehmers zu machen, die Organisationen zu vernichten und den Alleinwillen des Kapitals an der Macht zu erhalten.

Zehntausende deutscher Arbeiter sind diesem Machtwillen zum Opfer gefallen, haben zähneknirschend, aber ungebeugt liebgewordene Arbeitsstätten verlassen und den Kampf an andern Stellen wieder aufgenommen. Diesen Leuten verdanken die heutigen Organisationen — auch der Metallarbeiterverband — ihre Stärke. Sie waren es, die die Fundamente so festlegten, daß selbst in unsern Tagen — wo die „Führer" nicht mehr aus den Reihen dieser im Massenkampffeuer gestählten Männer genommen werden —, die neuen Leute ihre schwere Not haben, das Altbewährte zu zertrümmern und an seine Stelle den neuen „Geist" und die neuen Formen zu setzen, die sie für nötig halten, um die Arbeiterschaft vorwärts zu treiben. Wohin? Das wissen sie selber nicht.

Eine Probe dieses neuen „Geistes" ist der Boykottbeschluß gegen die Druckerei der „Volksstimme". Weil die in der Druckerei hergestellte Zeitung die Taten einiger unabhängiger Partei- und Gewerkschaftsbonzen nach Gebühr würdigte, verabreicht man den Angestellten und Arbeitern Stockprügel auf den Magen. Anstatt ehrlich zu beschließen: „Druckaufträge des Metallarbeiterverbandes gehen von jetzt an an die Druckerei der „Volkszeitung"," greift man zur Verdunklung von Tatsachen, um damit den schamlosen Beschluß zu beschönigen. „Nach Auffassung der Mehrheit der Generalversammlung hat die „Volksstimme" während der Reichstagswahl über Vorgänge in unserm Verband (eingestampfte „Metallarbeiter-Zeitung") geschrieben, die nicht den Tatsachen entsprechen und einen schädigenden Einfluß auf die Organisation ausgeübt haben."

Was tat die „Volksstimme"? Sie stellte fest, daß Brandes und Dißmann vor ihrer Wahl zu Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes in einer von Dißmann begründeten Resolution versprachen, „Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sichern Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats".

Wir stellten ferner fest, daß sie 6 Monate nach Annahme dieser Resolution nichts, aber auch gar nichts getan hatten, um diesen Boden vorzubereiten, im Gegenteil konnte bewiesen werden, daß sie genau nach den alten bewährten Gewerkschaftsrezepten weiterarbeiteten, und daß deshalb bereits Differenzen zwischen Vorstand und Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung" ausgebrochen waren. Wir stellten weiter fest, daß Brandes gegenüber dem „Hamburger Echo" diese Differenzen abgeleugnet und als „niederträchtigen Schwindel" bezeichnet hatte. Dieses Brandessche Dementi stammt vom 13. März und am 19. Mai schrieb der unabhängige Heinrich Malzahn in der unabhängigen Berliner „Freiheit" in einem Artikel „Industrieverband, Räteorganisation oder Arbeitsgemeinschaft?":

Was tut der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes? Als Richard Müller in der „Metallarbeiter-Zeitung" Nr. 18 in einem Artikel „Unternehmerfrechheit" diese „Musterarbeitsordnung" (Entwurf des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller) einer scharfen Kritik unterzog, beschlagnahmte der Vorstand die Zeitung. Ein paar hunderttausend Exemplare mußten wieder eingestampft werden — und alles, damit die „wirtschaftsfriedlichen Verhandlungen" nicht gestört wurden! So weit wären wir denn glücklich.

In Nr. 22 der „Metallarbeiter-Zeitung" mußten die Vorwürfe Malzahns als zutreffend anerkannt werden, man hatte den Artikel konfisziert und die Zeitung eingestampft, weil man Verhandlungen mit den Metallindustriellen nicht stören wollte. Daraus haben wir Brandes und Dißmann keinen Vorwurf gemacht, im Gegenteil anerkannt, daß es richtig war, nur haben wir uns erlaubt zu fragen, worin denn nun noch der Unterschied zwischen Schlicke und Brandes-Dißmann bestehe, wenn man jetzt 100 000 Mark Verbandsgelder zum Fenster hinauswerfe, nur um das Zartgefühl der ††† Kapitalisten nicht zu verletzen!

Dieser Tatbestand ist durch den Vetrat bestätigt worden, der Redakteur Richard Müller trat aus seiner Stellung, und wie Dißmann heute über das damals in den Himmel gehobene Rätesystem denkt, das hat er in Halle ja deutlich genug gesagt, wie jeder in der Dienstagnummer der „Volksstimme" nachlesen kann, in der die Rede nach dem unabhängigen „Volksblatt" in Halle zitiert ist.

Was also entspricht in unsern Auslassungen nicht den Tatsachen? Es sei denn, man will uns dafür verantwortlich machen, wenn die Unabhängigen in ihren für Freiheit und Recht kämpfenden Blättern die Wahrheit nicht schreiben. Auf die Redensart von dem „schädigenden Einfluß" unsrer Auslassungen auf die Metallarbeiterorganisation gehen wir nicht erst ein. Die Auguren in der Verwaltung werden ja selbst darüber lächeln. Sie hat ihre Schuldigkeit in der Versammlung getan, gegenüber Menschen, die noch die Fähigkeit haben, geradeaus zu denken, wird sie versagen. Wir erheben den Vorwurf, daß die Führer des Verbandes in Magdeburg die Gewerkschaft mit diesem Beschluß mißbrauchen im Interesse einer politischen Partei, der U. S. P. D. Weil Brandes in unserm Bezirk unabhängiger Reichstagskandidat war, weil ihn in dieser Eigenschaft die „Volksstimme" bekämpfte, weil infolge dieser Bekämpfung die Wahl für die Unabhängigen mit einem Erfolg endete, der ihren Erwartungen bei weitem nicht entsprach, deshalb sollen die Angestellten und Arbeiter der Druckerei Magenprügel erhalten, deshalb treten die Magdeburger Führer des Verbandes alte Grundsätze des politischen Anstandes mit Füßen und schlagen alten Grundsätzen ins Gesicht. Wir werden von dieser Kampfmethode gewiß keinen Schaden haben, deshalb hängen wir dieses Dokument unabhängiger Kampfesweise so niedrig als irgend möglich. —

Verbandstag der Haus- und Grundbesitzer-Vereine.

In Magdeburg tagt gegenwärtig der 41. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine. Professor Bredt (Marburg) sprach am Sonntag über „Die Grundrente und ihre Steuer". Er stellte diese Leitsätze auf:

1. Die Grundrente ist eine natürliche Größe für jedes Grundstück und kann durch keine Gesetzgebung abgeändert werden.
2. Soll die Grundrente im Wege der Besteurung für den Staat eingezogen werden, so bedeutet dies eine sozialistische Maßnahme, welche mit der bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnung unvereinbar ist.
3. Werden Höchstpreise für Pacht und Miete festgesetzt, so wird ein Teil der Grundrente dem Eigentümer gewaltsam genommen und dem Pächter und Mieter zugewendet, was mit dem von der Reichsverfassung gewährleisteten Eigentumsbegriff in Widerspruch steht.

Ein ziemlich starres System von Grundsätzen, das aber trotzdem den Zeitstürmen kaum trotzen wird.

Es hat — merkwürdigerweise — auch der anhaltische Landtagspräsident, Genosse Pens, gesprochen. Seine Rede war noch merkwürdiger. Er führte aus:

Das Haus ist im übertragenen Sinn ein erweiterter Rock. Sowenig ein Mensch sein ganzes Leben hindurch einen geborgten Rock tragen will, so wichtig ist es, daß er Gelegenheit erhält, sein eignes Heim zu besitzen. Hierzu die Möglichkeit zu schaffen, setze er sich für die Ersparung des erforderlichen Kapitals ein. Die soziale Frage sei mehr als zur Hälfte gelöst, wenn jeder Mensch mindestens 1000 Mk. zum Wohnungserwerb erspare, denn dann gebe es keine Proletarier mehr, und auch der Hausbesitzer habe gleichzeitig die Gewähr, daß er nur sichere Mieter erhalte. Da aber freiwillig viele nicht zu dieser Spartätigkeit anzuhalten seien, müsse der Staat sie dazu zwingen. Er habe sich dieser Tage bereits für eine 50prozentige Erhöhung aller Mieten eingesetzt, um den Hausbesitzern die Möglichkeit zur Beseitigung der Hausschäden zu geben. (Zuruf: Viel zuwenig!) Er sei auch bereit, sich für mehr einzusetzen, wenn man ihm die Notwendigkeit nachweise. Er wolle damit nur dartun, daß auch in seinen Kreisen mit der Anschauung gebrochen sei, daß die heutigen Mieten noch angemessen seien.

Pens wird selbst nicht behaupten wollen, daß seine Rede mit Sozialismus irgend etwas zu tun hat. „Wenn jedermann sich soundso viel erspart . . .", das haben schon unzählige Sparapostel und Manchesterleute vor Pens gepredigt. Und wie Pens haben sie übersehen, daß bei diesem „wenn" der Hase im Pfeffer liegt. Unter dem Kapitalismus sind für die Masse der Arbeiterschaft solche Ersparnisse eben ausgeschlossen. In den meisten Arbeiterfamilien, auch Angestellten- und Beamtenfamilien, kann heute nicht einmal so viel er-

---

Lore Lindens Liebe.

Roman von Lydia Ruehland. Nachdruck verboten

(4. Fortsetzung.)

Lore sah Rudolf ernst an und schwieg, wie es schien, verletzt. Er sah ein, daß er zu weit gegangen war und tat nun alles, um den Eindruck zu verwischen. Sie war merkwürdig schnell versöhnt, nur als er sie einlud, mit ihm ein Café zu besuchen, lehnte sie schroff und entschieden ab. Dagegen ließ sie sich bestimmen, noch einen Umweg zu machen, ehe sie ihre Wohnung aufsuchte, denn der Abend war mild wie im Sommer, obgleich Oktober im Kalender stand. Beim Abschied ließ er sich das Versprechen geben, sie wieder zu sehen. Anfangs verhielt sie sich ablehnend mit Rücksicht auf ihre bevorstehende Prüfung, die in vier Monaten stattfinden sollte.

„Aber Sie müssen doch unbedingt an die Luft. Das sind Sie doch Ihrer Gesundheit schuldig," beschwor er sie im Ton eines besorgten Bruders und sah ihr zärtlich in die Augen. Lächelnd versprach sie, ihn am nächsten Tage zwischen fünf und sechs Uhr zu treffen, da das ihre Ausgehstunde sei. Mit einem warmen beredten Händedruck schieden sie, er mit dem stolzen selbstbewußten Lächeln seines Sieges und sie stillbeglückt, daß jemand so lieb zu ihr gesprochen hatte.

Sie hatte wenig Freude im Leben gehabt, ihre Tage waren ruhig und in ernster Pflichterfüllung dahingegangen. Die, welche sie Mutter nannte, verdiente den Namen insofern nicht zu Recht, als sie nur ihre Pflegemutter war, doch war letztere nach Kräften bemüht, ihr die Fehlende zu ersetzen. Schon während ihrer Schulzeit hatte sie oft darüber nachgedacht, wie es eigentlich kam, daß sie Linden und ihre Mutter Meimann hieß. So oft sie danach fragte, wurde ihr immer der Bescheid, daß sie zur Konfirmation alles erfahren würde. Und als dieser Tag herangekommen war, da stellte es sich heraus, daß sie ein illegitimes Kind war und Vater und Mutter nicht kennen durfte. Für ihre Zukunft war insofern gesorgt, als eine ausreichende Summe deponiert und sie davon für einen Lebensberuf erzogen werden sollte. Sie hatte Lust, Lehrerin zu werden, es dünkte ihr ideal, die Kinder zu lehren und zu unterweisen, ihre Meisterin und ihre Vertraute zu sein. Ihre Pflegemutter war damit einverstanden. Freilich gab es viel Laufereien und manche Gesuche zu erledigen, ehe der Wagen ins richtige Gleis kam. Es genügte merkwürdigerweise nicht, daß Lore Linden eine talentierte Schülerin von völlig einwandfreiem Betragen, kerngesund an Leib und Seele, für den Beruf einer Lehrerin somit alles mitbrachte, was sie dafür befähigte.

Dies galt nicht für voll, denn es fehlte ihr — der Vater. Weise Herren meinten nämlich, daß es nicht angängig sei, eine Lehrerin anzustellen, deren Geburt keine einwandfreie war. Dieser Stein des Anstoßes ließ sich erst nach vielem Hin und Her und hauptsächlich durch Vermittlung ihres fortschrittlich gesinnten Direktors beseitigen, der energisch die Ansicht verfocht, daß kein Kind für seine Eltern verantwortlich gemacht werden könne.

So wurde ihr denn gnädig Absolution erteilt für etwas, das sie gar nicht begangen hatte, trotzdem aber büßen mußte. Eifrig ergab sie sich ihren Studien, lebte nur diesen. Freundinnen besaß sie nicht, ihre Pflegemutter war eine durch die harte Schule des Lebens müde gewordene, verschlossene Frau und mied jeden Verkehr, und so kam es, daß auch Lore einsam blieb. Dabei vermißte sie nicht das geringste. Denn wenn sie einerseits ihre Zeit ausfüllte mit Lernen, so war sie anderseits eine tief veranlagte Natur, für die sich nicht leicht ein passender Verkehr fand.

Aus dieser selbstgenügenden Einsamkeit wurde sie durch den Tod derer gerissen, die sie bis dahin erzogen und geleitet hatte. Ganz plötzlich sah sie sich auf eigne Füße gestellt. Aber mit bewundernswerter Energie fand sie sich überraschend schnell in die neuen Verhältnisse. Sie behielt einen Teil der Sachen aus dem Nachlaß der Pflegemutter zurück, da sie sich später als wohlbestellte Lehrerin eine eigne Wohnung zu nehmen gedachte. In der Pension der Frau Doktor Strube fand sie ein einfaches, nicht zu teures Zimmer, das freilich, weil es das billigste war, auch ziemlich möbelbedürftig ausschaute. Da half Lore mit ihren eignen Sachen nach und entbehrte in der altgewohnten Umgebung nichts als die Mutter. Nach und nach verblaßte auch dieses Bild, denn nun kam die Zeit des Examens und die damit verbundene Arbeit nahm ihre Gedanken von früh bis spät gefangen.

So war es nur Zufall, daß sie das Theater besucht hatte. Frau Doktor Strube, eine lustige, lebensfreudige Dame, hatte das Billett geschenkt erhalten, zugleich aber auch eine Einladung zum Abendessen von dem Verlobten der ihren mütterlichen Fittichen anvertrauten Sängerin bekommen. Daß die Wagschale mit dem Souper in einem Weinrestaurant sich stark zu ihren Gunsten neigte, war ihr am Ende nicht zu verdenken, denn von der Kunst ist noch niemand satt geworden und Frau Doktor benötigte zur Erhaltung ihres gewichtigen Persönchens ein gut Teil mehr als andre Sterbliche.

Um das Billett aber trotzdem seiner Bestimmung zuzuführen, schenkte sie es ihrer Pensionärin, die sich sowieso nichts gönnte außer der Luft, die sie umsonst atmete. Lore Linden nahm den Markettsitz dankend an, denn sie leistete sich, um auf dem laufenden zu bleiben, Theater nur in Form von Reclamschen Büchlein und da gehört oft ein Uebermaß Phantasie dazu, um den Genuß einer Aufführung einigermaßen plastisch hervorzuzaubern.

Und nun hatte sie gar durch Frau Doktors Güte ein schönes Erlebnis zu verzeichnen. Sie wollte ihr davon erzählen, besann sich aber dann und beschloß das Gegenteil. „Nicht unnütz plaudern," hatte ihre verstorbene Pflegemutter oft gewarnt. „Ist's etwas Gutes, was wir andern erzählen, neiden sie es uns, und ist's das Gegenteil, freuen sie sich. Man muß alles in sich austragen, daran wächst man."

Am Spätnachmittag des nächsten Tages wartete Rudolf, bis Lore aus dem Hause getreten war und folgte ihr anfangs in einiger Entfernung, bis er sie dann einholte. Sie wanderten ziel- und planlos ins Freie. Es dunkelte schon stark. Rudolf bot ihr seinen Arm, den sie jedoch dankend ausschlug.

„Fürchten Sie sich vor mir," scherzte er. Sie verneinte und überwand allmählich die Scheu, die sich ihrer ob der ungewohnten Situation bemächtigt hatte. Eine lange Strecke waren sie gegangen und dabei in die Nähe der „Einsiedelei" gekommen, eines mitten im Walde idyllisch gelegenen Lokals, vor welchem es sich an schönen Sommerabenden ganz einzig saß, das aber auch in der kältern Jahreszeit seine Reize hatte. Im Sommer waren die Räume Fremden-, im Winter Gastzimmer, trotz ihrer Kleinheit oder vielleicht eben deshalb recht gemütlich. Man trank dort einen Schoppen guten Landwein und konnte sich dabei angenehm verlustieren.

Rudolf machte Lore den Vorschlag, das Abendessen hier einzunehmen und sie willigte ein. Es überkam sie an seiner Seite urplötzlich ein Verlangen nach Genießen, ein Hunger nach Leben, nach Liebe. Dieser Mann mit den schönen sehnsüchtigen Augen, mit der sanften Sprache und dem zärtlichen Tonfall hatte es ihr angetan. Sie fühlte, daß er bestimmt war, eine Rolle in ihrem bis dahin ereignislosen Leben zu spielen, die bedeutungsvoll für sie werden mußte. Von sich sprach er fast gar nicht, er hatte nur Interesse für ihre Person und das gefiel und schmeichelte ihr. Vertrauensvoll legte sie ihm ihr bisheriges Leben dar, daß er darin blättern konnte wie in einem reinen Buche.

Noch nie war sie so glücklich gewesen wie an diesem Abend und noch nie hatte ihr Lachen so hell geklungen, sie selbst fühlte sich wie ein übermütiges Kind. Rudolf war unerschöpflich im Erzählen von lustigen Einfällen und drolligen Begebenheiten, ab und zu klang auch ein ernster Ton mit in das Geplauder, das erhöhte den Reiz und rückhaltlos überließ sich Lore dem Zauber, der von ihm ausging.

Auf dem Nachhausewege nahm sie seinen Arm, zumal sie in der Dunkelheit beinahe über eine Baumwurzel gefallen wäre.

„Vertrauen Sie sich nur meiner Führung an, Fräulein Linden, ich bewahre Sie unfehlbar vor dem Falle," sagte er und zog die leise Widerstrebende an sich heran.

„Ist es nicht wie im Mai?" fragte sie.

Obgleich es ihn fröstelte, beeilte er sich, dasselbe zu konstatieren. Einem Gemüt, das fromm zum erstenmal liebt, dünkt auch ein bitterkalter Wintertag wie glutvoller Sommersonnenschein. Langsam schritten sie den heimatlichen Penaten zu, er insgeheim triumphierend über den Sieg, dessen er sich im voraus sicher wußte, und sie gab sich ganz und willig dem köstlichen Gefühl des Geborgenseins hin, das sie an seiner Seite durchströmte.

Sie trennten sich mit dem Versprechen des Wiedersehens am folgenden Abend. Lore hatte zwar Bedenken, denn sie mußte mit ihrer Zeit geizen, wenn sie ihr gesteckstes Ziel erreichen wollte, aber schließlich siegte der Gedanke, daß es vielleicht gar nicht nötig war. Wohl galt ihr der Beruf, den sie erwählt, erstrebenswert, aber Gattin, Mutter war doch am Ende die natürlichste Bestimmung des Weibes und wenn Rudolf — — weiter kam sie nicht in ihrem Gedankengang; eifrig machte sie sich über ihre Bücher und holte nach, was sie versäumt. Es war zwei Uhr nachts, als sie zur Ruhe ging.

Rudolf schlenderte noch einmal nach dem Klub, seine Gedanken weilten bei ihr, deren reizvolle Persönlichkeit einen unwiderstehlichen Zauber auf ihn ausübte.

(Fortsetzung folgt.)

spart werden, um die notwendigsten Neuanschaffungen an Kleidung, Stiefeln, Hausrat usw. zu bestreiten. Diesen Familien zeige Genosse Peus einmal, wie sie da noch 10 000 Mark zurücklegen sollen, um eigne Wohnung zu erwerben, die übrigens heute mindestens 30 000 Mark kostet.

Auch gegen die Bereitwilligkeit, die Peus in der Frage der Mietenerhöhung zeigt, müssen wir energisch protestieren, da Peus hier einen Standpunkt vertreten hat, der sich mit dem der Partei nicht im mindesten deckt.

Eigenheime für Arbeiter fordern auch wir. Aber dieses Problem ist nur durch Genossenschaften mit starker staatlicher Unterstützung zu lösen, nicht auf dem Wege des individuellen Sparens oder des Sparzwangs. Nicht durch alberne Rezeptekocherei in den Küchen der Hausbesitzer, wie sie Peus betrieben hat. —

Gegen die Mieterschutzverordnungen.

Anläßlich des deutschen Haus- und Grundbesitztags fand am Montag abend in der „Wilhelma" eine öffentliche Hausbesitzer-Versammlung statt, die stark besucht war und in der scharf gegen die Verordnungen des Wohlfahrtsministeriums, besonders gegen die Zwangsmietpreise und die Wohnungsbeschlagnahme Stellung genommen wurde. Es sprachen zahlreiche Vertreter von Hausbesitzervereinen aus allen Teilen des Reiches. Die meisten wurden politisch und gingen in ihren Angriffen von falschen Voraussetzungen aus. Sie drehten die Sache so, als ob die frühere Koalitionsregierung eine sozialistische gewesen ist, ja als ob sogar die jetzige rechtsgerichtete mitsamt dem Wohlfahrtsminister, dem Zentrumsmann Stegerwald, sozialdemokratisch sei und in den Bahnen der Revolution wandle. Auch bei den Hausbesitzern ertönte der Ruf: Fort mit der Zwangswirtschaft, her mit der freien Entwicklung des Hausbesitzes! Die Mieterschutzbestimmungen sind den Hausbesitzern ein Greuel. Der Verbandsdirektor erklärte einfach die Miethöchstpreisverordnung für rechtsungültig und machte Minister und Staat ersatzpflichtig für alle Schäden des Hausbesitzes. Ein Redner wurde noch deutlicher, er sagte: Wie die Feinde unser Volk behandeln, so behandelt die deutsche Regierung den Hausbesitz. „Hinweg mit dem Wohlfahrtsminister, dem Totengräber des Hausbesitzes", hieß es bei einem andern. Der Münchner Vertreter entwickelte echt bayrisch-reaktionäre Gedanken. Er tat so, als ob schon alles sozialisiert sei, denn es würde ja alles teurer, was doch nur bei Sozialisierung einzutreten pflege. Nur die Mieten seien billig, deshalb sei nun auch eine Sozialisierung des Hausbesitzes geplant, die durch die „Entrechtung" des Hausbesitzers vorbereitet würde. Auch Geschmacklosigkeiten leistete man sich. Der Vertreter des Rheinlandes erklärte: Wenn man dem Hausbesitz alles nimmt, kann die Regierung nicht verhindern, daß die Hausbesitzer ihre Häuser an die Feinde verkaufen, weil sie nicht in der Schwimmhose, dem neuen Nationalkostüm Eberts, herumlaufen wollen.

Man wetterte dann noch viel gegen die Revolution, deren Kosten der Hausbesitz tragen muß, gegen das Wohlfahrtsministerium, gegen die gemeinnützigen Baugenossenschaften und nahm eine Entschließung an, in der die Einstellung der Zahlungen der öffentlich-rechtlichen Abgaben angedroht wird, wenn der „unfähige" Wohlfahrtsminister das „Verbrechen an der Volksgesamtheit", nämlich die Höchstmietenverordnung, nicht sofort aufhebt. —

Ein neues Parteiprogramm.

Ist auch das Erfurter Programm in seinem theoretischen Teile im wesentlichen noch Gemeingut der Partei, so ist es doch in seinen praktischen Forderungen durch die wirtschaftliche Entwicklung, durch die wachsenden kulturellen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse überholt, ja veraltet. Vieles, was vor 30 Jahren von unsern Vätern gefordert wurde, hat die Gesetzgebung in der Zeit seit dem November 1918 erfüllt. Zahlreiche neue Wünsche tauchen auf und harren der Formulierung in einem neuen Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteivorstand begreift diese Wünsche, die ihm aus der Partei in großer Zahl gekommen sind, er wünscht selbst eine Vertiefung der Parteierörterungen, eine Prüfung der Programmpunkte, eine Erweiterung der Parteibetätigung. Um das aufs beste zu ermöglichen, wird er im Monat August einen Band von etwa 250 Seiten mit gutachtlichen Aeußerungen über die Reformbedürftigkeit des Parteiprogramms und über die Richtung, in der sich diese Reform bewegen soll, den Parteigenossen und Genossinnen zur Verfügung stellen. In dem Bande werden sich zahlreiche Formulierungen neuer Programmpunkte und wertvolle Vorschläge für die Aenderung bisheriger Programmpunkte finden. Es werden in dem Bande Beiträge veröffentlicht werden u. a. von Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Cunow, Paul Hirsch, Gustav Hoch, O. Hue, J. Meerfeld, Hermann Müller, Max Quarck, Gust. Radbruch, Robert Schmidt, Rudolf Wissell. Jede strittige Frage unsrer Partei ist zur Erörterung gestellt worden.

Ein genaues Register wird die Benutzung des Buches erleichtern, das von dauerndem Werte als eine Fundgrube für jeden bleiben wird, der sich mit dem Wesen und mit den Streitfragen des Sozialismus beschäftigt, auch für jeden, der Aufklärung über die Sozialdemokratie bei sich, seinen Freunden, bei seinen Klassengenossen verbreiten will. Der Preis beträgt für Parteimitglieder 8,75 Mark, sonst 15 Mark. Das Buch ist zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 3. —

Die Schrote.

Einen großen Teil meiner Jugend habe ich in der Neuen Neustadt bei Magdeburg — so hieß es damals, in den 60er und 70er Jahren — verbracht. Unser liebster und beinahe auch einziger Spaziergang war der Vogelgesang. Der Aufenthalt in seinen schattigen Laubgängen wurde einem allerdings bisweilen verleidet durch allerhand üble Gerüche, die die Schrote ausströmte.

Das Tätigkeitswort schroten ist besonders auf dem Lande noch wohlbekannt und in Gebrauch. Der Müller schrotet die Gerste, womit das grobe, erste Zerquetschen des Getreides, nicht das feine Mahlen bezeichnet wird. Unter Schrot verstand man im Mittelalter vielerlei, aber die Grundbedeutung: Abgeschnittenes, Abgehauenes schimmert überall noch hindurch. Man nannte Schrot den Haar- und Kleiderschnitt, ein abgesägtes Stück eines Baumes, ein abgeschlagenes Metallstück. In der letzten Bedeutung ist es auch heute noch erhalten, nur, daß die kleinen, abgehauenen Metallstücke jetzt durch gegossene Kügelchen, Schrotkörner, ersetzt sind, die der Jäger in seine Schießwaffe lädt. Das Formen und Prägen der Münzen wurde früher schroten genannt, sie wurden beschnitten, nur durfte nicht zuviel abgeschnitten werden. Mit der Zeit nahm man es nicht mehr so genau und wurde unreeller; daher sehnte man sich oft nach dem „alten Schrot und Korn" zurück. Die Münze mußte in jeder Beziehung vollwertig sein, d. h. einen bestimmten Gehalt und ein bestimmtes Gewicht haben. Jetzt sagt man nur noch in übertragener Bedeutung: ein Biedermann von altem Schrot und Korn. „Vierschrötig" ist eigentlich viereckig geschnitten, womit sich dann leicht der Begriff des Derben und Plumpen verbindet. Der Familienname Schröter, auch Schröder, Schrötter, Schröer, Schrader, Schrauth gehen alle auf das Gewerbe zurück, das die Vorfahren betrieben haben; es waren Schneider, sowohl solche, die Tuch zerschnitten, also Gewandschneider, als auch solche, die Holz oder andre Stoffe schnitten. In manchen Gegenden spricht man von Weinschrötern, das sind die, welche die Bretter schneiden, die zusammengesetzt die Fässer bilden; anderswo nennt man sie Küfer, weil sie ja Kufen machen. Die Sprache bezeichnet oft nur einen Teil der Tätigkeit, die eine Person oder eine Sache ausübt, und überläßt der Phantasie des Hörers, das übrige hinzuzudenken.

Nach dem bisher Gesagten wird der Leser längst wissen, was der Name des Baches Schrote bedeutet: einschneidender Fluß oder Bach, also einer, der in das Erdreich einschneidet. Der Name ist demnach, wie auch Elbe, kein Eigenname, sondern er bezeichnet einen Fluß oder Bach schlechthin. Schrote könnte danach jedes fließende Gewässer heißen geradeso wie Elbe, das ja nur „Fluß" schlechthin bedeutet, wie wir neulich gezeigt haben. Wir sehen hieraus auch, daß Schrote zu den ältesten Flußnamen gehört; in späteren Zeiten unterschied man die Flüsse nach bestimmten Eigenschaften und nannte den einen die Saale, d. h. Salzfluß, den andern die Holtemme, d. h. Wald- oder Holzbach, den dritten Selke, d. h. Bach oder Fluß, an dem Salweiden wachsen oder wuchsen.

Dr. W.

Die neuen Kohlenpreise.

Der Reichskohlenverband veröffentlicht im „Reichsanzeiger" die neuen Braunkohlenpreise, die in gemeinsamer Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats am 30. Juni beschlossen wurden. Die neuen Preise, die merklich geringer sind als die bisherigen, betragen:

	Briketts (Hausbrand- und Industrieformat) Preis		Rohkohle (Förderkohle) Preis	
	neuer	bisheriger	neuer	bisheriger
	Mark pro Tonne			
Mitteldeutsches Braunkohlensyndikat. . .	189	211	67,50[1])	79,20[1])
Rheinisches Braunkohlensyndikat. . .	127	141,75	31,90	39,20
Ostelbisches Braunkohlensyndikat. . .	218,50[2])	240,60[2])	90,20[2])	78,62[2])

[1]) Durchschnitt der Preise der Magdeburger, Helmstedter, Anhalter und Kasseler Reviere.

[2]) Durchschnitt der Preise der Niederlausitzer, Frankfurter, Forster und Görlitzer Gruppe.

Ferner werden Steinkohlenpreise wie folgt verändert: Für das Niedersächsische Steinkohlensyndikat (Gesamtbergamt Obernkirchen): Koksgrus 122,20 Mark je Tonne (bisher 120,10); Berginspektion 1 in Ibbenbüren: Stückkohlen 247 Mark (245,70), Nußkohlen 1 261,60 Mark (260,60). Für das Niederschlesische Steinkohlensyndikat (Waldenburger Kohle): Förder, ungesiebt, 263,60 Mark (278,70). —

— **Infolge Aufhebung der Inseratenkontrolle durch das städtische Arbeitsamt** seitens des Regierungspräsidenten (Demobilmachungskommissar) ist bei vielen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die irrige Ansicht hervorgerufen worden, daß die Tätigkeit des Arbeitsamts damit illusorisch geworden wäre. Demgegenüber weist das Arbeitsamt nachdrücklich darauf hin, daß sämtliche offenen Stellen nach wie vor beim Arbeitsamt gemeldet werden müssen, und daß auch die durch Inserate gewonnenen Arbeitskräfte nur durch das Arbeitsamt zugewiesen werden dürfen. An der Haupttätigkeit des Arbeitsamts hat sich durch die Aufhebung der obigen Verordnung durchaus nichts geändert, auch die in der nächsten Zeit erfolgenden Aufhebungen von weitern andern Verordnungen des Herrn Demobilmachungskommissars berühren die Zentralisierung der Arbeitsvermittlung durch das städtische Arbeitsamt nicht. —

— **Erhöhung der Strompreise.** Der Magistrat gibt bekannt, daß die Strompreise auf Grund der Teurungsklausel infolge Steigerung aller Betriebs- und Verwaltungskosten abermals wie folgt erhöht werden mußten: Für Lichtzwecke 2,30 Mark bis 500 Kilowattstunden, für den Mehrverbrauch innerhalb eines Geschäftsjahres über 500 bis 1000 Kilowattstunden 2,10 Mark, über 1000 bis 5000 Kilowattstunden 1,90 Mark, über 5000 bis 10 000 Kilowattstunden 1,85 Mark, über 10 000 Kilowattstunden 1,80 Mark; für Kraftzwecke 1,50 Mark bis 2000 Kilowattstunden, für den Mehrverbrauch innerhalb eines Geschäftsjahres über 2000 bis 4000 Kilowattstunden 1,30 Mark, über 4000 bis 10 000 Kilowattstunden 1 Mark, über 10 000 Kilowattstunden 90 Pfg. Die Gebühren für Treppenbeleuchtung, Pauschallampen usw., sowie die Grund- und Meßgebühren sind ebenfalls entsprechend erhöht worden. Vorstehende Preise kommen bei der jetzt stattfindenden Berechnung zur Erhebung. —

— **Tarifabschluß in der Mühlenindustrie.** Durch Vermittlung und unter Leitung des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt wurde in einer am Freitag den 6. August in Magdeburg abgehaltenen Sitzung der Arbeitgeber und Arbeiter aus dem Mühlengewerbe des Regierungsbezirks Merseburg ein Lohntarif abgeschlossen. Tarifverhandlungen für den Regierungsbezirk Magdeburg sollen folgen. —

— **Vom Magdeburger Baugewerbe.** Nach langen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und zwei Schlichtungsausschußsitzungen ist in der letzten Sitzung mit dem Arbeitgeberverband eine Verständigung erzielt worden. Näheres im Inserat. —

— **Warnung für Zuckerhändler!** Es sind gefälschte August-Zuckermarken im Umlauf, kenntlich an dem mangelhaft ausgeführten grünen Unterdruck, dem etwas graueren Papier und der fehlenden Perforierung, die nur durch roten Aufdruck angedeutet ist. Ablieferer sind anzuhalten und sofort dem Magdeburger Lebensmittelamt (Zuckerstelle), Telephon 1783, zu melden. Provinzial-Zuckerstelle. —

— **Unrentable städtische Kinos.** In einer Sitzung des Kinoausschusses, einer Abteilung des Groß-Berliner Ausschusses zur Bekämpfung der Schundliteratur, wurden die Ergebnisse einer Rundfrage über die bisher bestehenden städtischen Lichtspielunternehmen mitgeteilt. Von 13 Gemeinden lagen Antworten vor, die übereinstimmend besagten, daß rein städtische Lichtspielbühnen und Unternehmungen, die von der Stadt subventioniert wurden, nicht rentabel sind. Die Ursache liegt wohl darin, daß öffentliche Körperschaften mit viel mehr Gewissenhaftigkeit vorgehen müssen und dem Geschmack der Menge weniger Konzessionen machen können. —

— **Das Musterexemplar eines Hauswirts.** Es gibt immer noch Hauswirte, für die bestehende Gesetze und Verordnungen anscheinend überhaupt nicht existieren. So hat z. B. der Besitzer des Grundstücks Abendstraße 7 es verstanden, trotz der vielen Hinderungsgründe in der Zeit der größten Wohnungsknappheit die größte und schönste Wohnung seines Hauses, bestehend aus vier Zimmern, in einen Krämerladen und Lagerraum umzugestalten, obwohl der Nachweis der Notwendigkeit für ein Geschäft dieser Art nicht zu erbringen ist, denn es befinden sich seit langer Zeit zwei Geschäfte dieser Art in unmittelbarer Nähe. Eine Mietsteigerung findet der Mann auch ganz selbstverständlich, es ist eine Kleinigkeit, die nicht der Rede wert ist. Als Hausgewaltiger zeigte sich der Herr aber einem Mieter gegenüber, der etwas opponiert und auch, wie zugegeben wird, gegen eine private Abmachung verstoßen hatte. Diesem Sünder wurde kurzerhand ohne jede vorherige Benachrichtigung das Licht gesperrt, so daß er mit seiner Familie abends im Dunkeln sitzt. —

— **Städtische Sparkasse.** Im Monat Juli 1920 hat sich der Verkehr bei der hiesigen Sparkasse belaufen auf insgesamt 18 238 Einzahlungen im Betrag von 15 486 261,23 Mark. Rückzahlungen zusammen 12 970 Posten mit insgesamt 8 931 249,89 Mark. Sparbücher wurden neu ausgefertigt 1896 Stück, zurückgenommen 1186 Stück. Auf Hypotheken konnten 254 900 Mark ausgeliehen werden. —

— **Den Besitzwechsel von allgemein beschlagnahmten Pferden innerhalb des Kreises** kann der Vorsitzende des Kommunalverbandes auf Grund der Anordnung des Oberpräsidenten vom 3. Februar 1920 und der Verfügung vom 27. Juli 1920 auf Antrag gestatten. Anträge auf Besitzwechsel solcher Pferde innerhalb der Provinz sind dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorzulegen.

— **Das durch Vermittlung des Magistrats eingeführte Obst** von den Provinzialstraßen im Regierungsbezirk Magdeburg wird je nach Anlieferung, die sich über 2 bis 3 Monate erstrecken wird, stadtteilweise verteilt werden. Der Verkauf erfolgt jeweilig in den durch Aushang „Provinzialstraßenobst" gekennzeichneten Geschäften zu einem Preise von höchstens 1 Mark pro Pfund. An eine Person dürfen nicht mehr als 2 Pfund auf einmal abgegeben werden.

— **Wie eine Aussteuer beschafft werden sollte.** Ein Braunschweiger Mägdlein wollte heiraten, was eine einfache Sache ist, wenn man Geld, eine Aussteuer und eine Wohnung sein eigen nennt. Besonders die Wäscheausstattung machte der Braut erhebliche Sorge, ihre Wünsche schienen auch ziemlich weit zu gehen. Sie wußte, daß eine Cousine in Magdeburg prächtige Wäsche besaß, und beschloß, bei den Verwandten „Anschaffungen" zu machen. Als die Cousine einmal zu Besuch nach Braunschweig gekommen war, wurde mit einiger Gewandtheit ein Abdruck von ihrem Wohnungsschlüssel gemacht. Nach diesem Abdruck ließ Erna Müller, die sorgende Braut, einen Schlüssel anfertigen, fuhr, als die Magdeburger Cousine wieder verreist war, in Gesellschaft einer Freundin nach Magdeburg und räumte die Wäschekästen aus. Insgesamt für etwa 20 000 Mark wurde eingepackt. Es wäre auch alles „gut" gegangen, wenn die reiche Ernte sofort von den beiden Mädchen hätte wegtransportiert werden können. Das ging nicht, ein Dienstmann mußte zur Hilfe geholt werden. Als die Freundinnen von dem hierzu notwendigen Ausgang zurückkamen, war Besuch da, der sie ins Polizeigefängnis begleitete. Von der Ferienstrafkammer erhielt die Braut 9 Monate, die helfende Freundin 3 Monate Gefängnis. —

× **Gestohlen** wurden aus einem Direktorzimmer einer Schule in der Moonstraße eine Schreibmaschine „Continental" und Sofa-Lederbezüge; aus einem Bureauraum in der Tischlerbrücke eine Schreibmaschine „Stöwer-Rekord" Nr. 37973, eine braune Aktentasche, eine Plüsch-Tischdecke und grüne Vorhänge; aus einer Schankwirtschaft in der Schöninger Straße ein Satz Elfenbein-Billardbälle; von einem Handwagen in der Bahnhofstraße eine silberne Handtasche; aus einem Pferdestall in der Kaiserstraße eine Wagenplane (3×4 Meter groß) mit der Firmenbezeichnung Franz Kiesshaber; aus Wohnungen in der Kaiserstraße ein schwarzes und ein graues Mantelkleid und eine weiße Bluse, in der Tischlerbrücke vier weiße Herrenhemden, braune Herrenstiefel und Damen-Halbschuhe, etwa 80 Stücke Toiletten- und Waschseife; in der Kleinen Junkerstraße zwei goldene und ein silberner Damenring, eine rosaseidene Bluse und ein Paar hohe Damen-Schnürstiefel; aus einer Bodenkammer am Breiten Wege ein Herrenulster und zwei Jacketts; aus einer Wohnung in der Arndtstraße eine goldene Brosche mit echten Perlen, eine silberne Halskette, ein schwarzer Tuchmantel, mit Seide gefüttert, eine rosaseidene Bluse mit schwarzen Knöpfen und ein brauner Lodenhut mit schwarzem Schleier; frei vom Breiten Weg ein schwarzer Pudelhund. —

× **Pferdediebstahl.** Am 9. d. M. sind in Kumlosen ein 6jähriger Doppelpony, Fuchswallach mit doppelter Mähne, etwa 1,55 Meter groß, ein 8jähriger brauner Wallach, etwa 1,68 Meter groß, mit Hufspalt, und eine 4jährige tragende braune Stute, ungefähr 1,68 Meter groß, mit starker Mähne gestohlen worden. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 66. —

× **Eine eigenartige Praxis** eröffnet hatte der frühere Bureauvorsteher eines Rechtsanwalts, Otto Stange aus Wernigerode. Er wandte sich an bedrängte Frauen, von denen er wußte, daß ihre Ehemänner sich im Gefängnis befinden, und erbot sich, unter Zuhilfenahme eines Rechtsanwalts die Freilassung dieser Männer zu betreiben. Es handelte sich selbstverständlich für ihn nur darum, Geldbeträge von den Frauen angeblich als Vorschüsse auf die entstehenden Kosten zu erhalten, was ihm auch teilweise gelang. Bei dem Versuch, einer Frau eine zweite derartige Vorschußrate von 150 Mark abzuschwindeln, erfolgte seine Festnahme. —

× **Festgenommen** wurde der wohnungslose Arbeiter H., der sich vor längerer Zeit an einem Einbruchsdiebstahl beteiligte und seitdem verborgen hielt. —

— **Vergiftung!** Am Montag abend versuchte sich die Ehefrau Agnes K., wohnhaft Rotekrebsstraße 12, in ihrer Wohnung zu vergiften. In besinnungslosem Zustand wurde die Lebensmüde in einem Krankenwagen der Feuerwehr dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. Der Grund zu dieser Tat konnte nicht festgestellt werden. —

— **Brennender Eisenbahnwagen.** Am Sonntag 10,53 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Bahnhof Sudenburg gerufen. Beim Eintreffen des Löschzugs 2 (Sudenburg) stand ein mit etwa 10 Zentner Heu beladener Eisenbahnwagen vollständig in Flammen. Mit drei Schlauchlinien wurde das Feuer bald gelöscht, so daß die Feuerwehr nach etwa zweistündiger Tätigkeit nach ihrer Wache zurückkehren konnte. Die Entstehungsursache ist auf Funken aus einer Lokomotive zurückzuführen.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Jugendgenossen! Jugendgenossinnen! Rüstet zur Fahrt nach Weimar. Der Reichsjugendtag muß eine eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Arbeiterjugend werden, und da darf niemand fehlen. Auf nach Weimar!

Bezirksgruppe Sudenburg: Am Dienstag abend ½8 Uhr in der Turnhalle Königsweg wichtige Mitgliederversammlung. Alle müssen erscheinen.

Bezirksgruppe Altstadt-Friedrichstadt-Werder: Am Mittwoch abend 7 Uhr Spiele auf dem Schulhof Sachsburger Straße 12. — Am Donnerstag abend ½7 Uhr Treffen an der Holzbrücke.

Bezirksgruppe Alte Neustadt: Am Mittwoch abend ½8 Uhr Bunter Abend. Alle Freundinnen und Freunde sind herzlichst eingeladen.

Bezirksgruppe Neue Neustadt: Am Mittwoch abend ½8 Uhr in der Schule Umfassungstraße 76 Rezitations- und Gesangsabend.

Bezirksgruppe Wilhelmstadt: Am Donnerstag abend von 8 bis 10 Uhr in der „Friesenhalle", Friesenstraße, Novellenabend.

Bezirksgruppe Buckau: Am Donnerstag abend in der Turnhalle der Schule Leipziger Straße Elternabend.

Theater, Konzerte ꝛc.

Besprechungen.

Konzert Kitzel. Am Montag fand das 6. Reihen-Konzert der Gebrüder Kitzel in der Petrikirche statt. Das Programm wurde von Schubert- und Mendelssohn-Werken ausgefüllt. Die Auswahl entsprach dem Rahmen dieser Konzerte und den Bedürfnissen der Besucher. Die Uebertragungen und Bearbeitungen, meist der Ausführenden, setzten den musikalischen Gehalt in ihrer Wertschätzung wohl nicht weiter herab. Es war auch manches ganz geschickt übertragen und die Registrierung der Orgel war zutreffend. Neben der Violine konnte der Besucher eine schöne, klangvolle Viola alta hören, die, wie mir gesagt wurde, Pastor Hildebrandt gebaut hatte. Orgel und Violinen spielten die Brüder Kitzel, Lieder bzw. Arien sangen Rose Kitzel-Reinhardt in ihrer freundlich ansprechenden Art und Walter Capell vom Stadttheater, der mit seines Organs Allgewalt den Stimmungsgehalt so mancher Phrase ergiebig zum Vortrag brachte. So wurde das Programm, das mancherlei brachte, auch in der Ausführung vielseitig, was von manchem Besucher dankend anerkannt sein dürfte. — G.

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Viktoria-Theater: Heute Mittwoch „Der Meister", Donnerstag „Sodoms Ende", Freitag „Drei Zwillinge", Sonnabend „Sodoms Ende", Sonntag „Dies irae". —

Vereins-Kalender.

Sattler. Am Donnerstag den 12. August, abends 7½ Uhr, Branchenversammlung bei Korte, Margaretenstraße 1. [2241

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Abt. Altstadt. Donnerstag den 12. August, abends 7½ Uhr, Versammlung im „Askania". [2213

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Uebungsstunde in Kortes Bierhallen, Eingang Margaretenstraße. [2120

Magdeburger Damenchor. Uebungsstunde jeden Donnerstag abend 8 Uhr in der Schule Listemannstraße, Eingang Fransecky-straße. [2215

Briefkasten.

H. Weber, Heyrothsberge. Ihr Kontrakt hat volle Gültigkeit. —

Wettervorhersage.

Mittwoch den 11. August: Wolkig, vorwiegend trocken, mäßig warm. —

Aus der Parteibewegung.

Der Mindestbeitrag für die Partei.

Die zuständigen Parteiinstanzen haben die vorläufige Tagesordnung für den am 10. Oktober in Kassel anberaumten Parteitag noch nicht bekanntgegeben. Dies wird hoffentlich noch im Laufe dieses Monats geschehen, so daß gemäß dem Organisationsstatut die Genossen rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt werden und dazu Stellung nehmen können. Die Tagesordnung für diesen Parteitag muß spätestens am 11. September, die von der Parteiorganisation gestellten Anträge bis zum 18. September im Zentralorgan veröffentlicht werden. Der Zeitraum von einer Woche, der zwischen diesen beiden Terminen liegt, ist so knapp, daß die Genossen im Lande schon vorher zu den Fragen der Tagesordnung Stellung nehmen möchten. Heute schon kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Kasseler Parteitag neben den üblichen Berichten über die Internationale, die Revision des Parteiprogramms und des Organisationsstatuts, vorzugsweise die Bezirksabgrenzung und die Erhöhung des Mindestbeitrags behandeln wird.

Eine Besprechung der letzten Punkte ist umso notwendiger, als einzelne Bezirksleitungen, aus verschiedenen Ursachen heraus, den in Weimar 1919 beschlossenen Organisationsstatut bisher nicht gerecht geworden sind. Nach § 2 des Statuts gliedert sich der Bezirksverband in Ortsvereine. Da nun räumlich große Bezirksverbände bis zu 600 Ortsvereine zählen und damit die Uebersichtlichkeit von einer Zentralstelle aus zum Schaden der Gesamtorganisation erschwert ist, können wirtschaftlich und geographisch zusammenhängende Ortsvereine in Unterbezirke zusammengefaßt werden. Die alten Wahlkreisorganisationen sollten durchweg bis zum 1. Juli 1920 dieser Neurung weichen. Dies ist aber nicht überall durchgeführt, weil sich vielfach die Genossen nicht von der historisch gewordenen Einrichtung trennen können, die sich ihrer Ansicht nach gut bewährt hat.

Doch wie überall muß auch hier das Bessere der Feind des Guten sein. Besser ist auf jeden Fall, wenn die Bezirksleitungen verwaltungstechnisch so ausgebaut werden, daß sie mit jedem Ortsverein in direkter Fühlung stehen, Agitationsversammlungen, Bildungskurse, Wahlen usw. von einer Stelle aus geleitet und finanziert werden. Die Unterbezirke bzw. ihre Sekretäre sollten mit Verwaltungsarbeiten sowenig wie möglich belastet sein. Der Einwand, daß dann die Unterbezirke jede Uebersicht über die Verhältnisse in den ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Ortsvereinen verlieren, ist nicht stichhaltig, weil die Bezirksleitungen ihren Unterbezirkssekretären eine vierteljährliche Uebersicht überreichen können.

Der Parteitag wird daher gut daran tun, alle Anträge auf Wiedereinführung der alten Kreisorganisationen abzulehnen, vielmehr auf die strikte Durchführung der in Weimar beschlossenen Organisationsgliederung und auf die Benutzung des einheitlichen Verwaltungsmaterials zu dringen.

Auch die Beitragsfrage wird zeitgemäß geändert werden müssen. Bei den gesteigerten Druck-, Papier- und sonstigen Agitationskosten, bei den ungeheuern Aufwendungen für Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften, sind Wochenbeiträge von 15 bzw. 20 Pfennig, gemessen an der Geldentwertung, einfach unzulänglich. Die Parteigenossen haben das zum guten Teil bereits eingesehen und Erhöhungen durchgeführt. Aber diese Erhöhungen genügen noch nicht, und außerdem muß die Festsetzung der Beiträge für die ganze Partei eine einheitliche werden. —

Provinz und Umgegend.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche breitet sich von Süden her in einem neuen Seuchengange über Deutschland aus. Während die Seuche am 1. April in Preußen in 328 Gemeinden und 951 Gehöften herrschte, waren am 1. Juni 1497 Gemeinden und 8921 Gehöfte und nach dem letzten Seuchenstand am 15. Juli in 347 Kreisen 4758 Gemeinden und 45 673 Gehöfte betroffen, wogegen in den übrigen Bundesstaaten an diesem Tage 4830 Gemeinden und 73 055 Gehöfte verseucht waren. Eine besondere unglückliche Eigenart des gegenwärtigen Seuchenganges ist die Bösartigkeit, mit der die Krankheit auftritt. In Süddeutschland, besonders in Württemberg, sind bis 80 Prozent der Tiere in den verseuchten Beständen eingegangen. So hohe Verluste sind in Preußen glücklicherweise nicht zu verzeichnen gewesen. Die Todesfälle haben sich in den meisten Gegenden auf die Jungtiere beschränkt und nur vereinzelt sind auch Großtiere verendet.

Die großen Verluste und der heutige hohe Wert der Tiere haben naturgemäß zu einem außerordentlichen Aufblühen des Handels mit mehr oder weniger zuverlässigen Mitteln geführt. Der Viehbesitzer sollte sich indes stets vor Augen halten, daß die zahllosen Mittel nicht in erster Linie zu seinem Wohl angepriesen werden, sondern zum Wohle des Geldbeutels des Herstellers oder Verkäufers. Gegen die durch die Maul- und Klauenseuche hervorgerufenen krankhaften Veränderungen im Maul, am Euter und an den Klauen sind der Tierheilkunde seit alters her zahlreiche gute Arznei- und Hausmittel bekannt. Der Geheimmittel bedarf es infolgedessen nicht. Es ist noch zuwenig bekannt, daß sich bei gelindem Seuchenverlauf die Anwendung von Arzneimitteln bei der Maul- und Klauenseuche im allgemeinen überhaupt unnötig erweist. Denn erfahrungsgemäß werden die Tiere nach den ersten Fiebertagen in den meisten Fällen von selbst schnell wieder gesund. Gegen die bösartige Form, namentlich gegen die Todesfälle, kennen wir bis heute ein unter allen Umständen zuverlässig wirkendes Mittel leider nicht. Das einzige, dem nach einwandfreier Prüfung eine gute, und zwar spezifische Wirkung sowohl in der Richtung der Vorbeuge als auch der Heilung zugesprochen werden muß, ist das vom preußischen Landwirtschaftsministerium auf der Ostseeinsel Riems hergestellte Maul- und Klauenseucheserum. Es hat sich als besonders geeignet erwiesen, den bösartigen Charakter der Seuche abzuschwächen. Todesfälle sind in Beständen, die mit dem Serum geimpft waren, so gut wie gar nicht vorgekommen. Wer nicht die Möglichkeit hat, wegen Serummangels seine Tiere impfen zu lassen, der ziehe zur rechten Zeit des Tierarzt zu Rate, lassen sich aber nicht durch gewissenlose Reklame dazu verleiten, für teure und unwirksame Ge-Geheimmittel sein Geld zum Fenster hinauszuwerfen und außerdem kostbare Zeit zu verlieren.

Ueber aller Behandlung steht immer noch die Vorbeuge. Sorge jedes einzelnen muß es sein, zunächst den eignen Viehstand seuchenfrei zu halten, dann dient er auch dem Ganzen. Man lasse niemand in den Viehstall, der darin nicht unbedingt zu tun hat, halte vor allen Dingen Händler und Hamsterer fern, verfüttere keine Molkereimilch ungekocht, stelle keine fremden Tiere ein, zugekaufte aber erst dann, wenn man sie längere Zeit beobachtet hat. —

Das Provinzialwohlfahrtsamt,

das im vergangenen Jahre gegründet wurde, hat soeben einen Bericht über seine Tätigkeit herausgegeben. Der Hauptzweck des Amtes, das seinen Sitz in Magdeburg, Scharnhorststraße 1, hat, ist die Zusammenfassung aller Wohlfahrtsbestrebungen in der Provinz. Es hat 16 Arbeitsabteilungen: Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge, Kinderschutz und Jugendfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, Fürsorge für Alkoholkranke, Krüppelfürsorge, Schulzahnpflege, Hinterbliebenenfürsorge (Nationalstiftung), Frauenfürsorge, Rotes Kreuz, Veranstaltung von Wandervorträgen durch Aerzte, Frauenwohlfahrtsvereine usw. In verschiedenen Sitzungen des vorläufigen Verwaltungsausschusses wurden die grundlegenden Fragen des allgemeinen Fürsorgegebiets und der Organisation erörtert. Mit der Leitung des Provinzial-Wohlfahrtsamts ist vorläufig Geh. Medizinalrat Dr. Denecke beauftragt. Es wurden bereits Uebersichten aufgestellt über die in der Provinz vorhandenen Stadt- und Kreiswohlfahrtsämter und ihre Einrichtung, über Zahl, Sitz und Einrichtung der Tuberkulose-Beratungsstellen und der Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Es fanden wiederholt Konferenzen der Leiter der Wohlfahrtsämter statt, in denen u. a. auch Richtlinien für die Schulzahnpflege aufgestellt wurden. Das Amt gibt auch eine Zeitschrift „Sächsische Wohlfahrtspflege" heraus. Der Voranschlag des Haushaltplans für das Rechnungsjahr 1920 weist in Einnahme und Ausgabe den Betrag von 64 300 Mark nach. Im vergangenen Jahre betrugen die Einnahmen durch besondere Zuwendungen 433 187 Mark. —

Das Siedlungswerk von Völpke.

In Nummer 178 der „Volksstimme" druckten wir einen Bericht des „Vorwärts" über das Siedlungsunternehmen des Hauptmanns Schmude ab. Die Darstellung hat uns verschiedene Gegenschriften aus Bergarbeiterkreisen gebracht, von denen wir das Wesentliche zum Abdruck bringen: „Der Bericht über die Siedlung scheint aus der nächsten Umgebung des Herrn Schmude zu stammen. Ich habe nichts gegen seine Person, nur trage ich Bedenken gegen ein derartiges Siedlungssystem, wie es von der Gesellschaft „Neu-Deutschland" durchgeführt werden soll. Nach meiner Ueberzeugung wird die Arbeiterschaft auf solche Art nur noch mehr abhängig vom Kapital, es führt also zu weiterer politischer und gewerkschaftlicher Schwächung der Arbeiterklasse. Der Bergarbeiter, der 7½ Stunden unter der Erde gefrondet hat, muß nach seiner harten Arbeit in den paar freien Stunden mit Frau und Kindern an seinem Hause noch schaffen, um 1000 Mark Zinsen aufzubringen und 8000 Mark abzuarbeiten. Der Bergarbeiter ist durch sechs Hungerjahre hindurch gegangen und hat auch jetzt noch lange nicht genug zu essen, um solche Ueberarbeit zu machen, und steht sich wirtschaftlich nicht so, um solche Belastung tragen zu können. Die meisten sind körperlich so hinfällig, daß sie der größten Ruhe bedürfen. Und dann sollen sie noch ihre kurze freie Zeit opfern für die Sünden, die der Kapitalismus begangen hat. Wir gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter fordern Sozialisierung des Bergbaues, um dadurch freiere Arbeiter auf freien Wohnstätten zu werden.

Es ist unwahr, daß Hauptmann Schmude mit 60 Erwerbslosen nach Völpke gekommen ist, es war nur die Hälfte. Die Lebensbedingungen, die den Leuten da geboten wurden bei einem damaligen Schichtlohn von 12,50 Mark waren so, daß unmöglich ein Verheirateter mit 3 bis 4 Kindern auskommen konnte. Das war auch der Grund, weshalb die meisten wieder zur Stadt zurückgingen, denn bei dem Lohne konnte unmöglich jemand doppelten Haushalt führen. Es ist unrichtig, daß zur Siedlung jetzt noch 18 Mann da sind, es sind tatsächlich nur noch sechs. Anderseits sind aber auch die „Krakeeler" noch da, nicht bei der Siedlung, aber im Bergbau. Bis jetzt hat von den sechs Uebriggebliebenen, die zur Siedlung gehören, noch nicht ein einziger ein Haus. Vier Mann führen noch doppelten Haushalt, zwei haben vom Werk eine Wohnung erhalten. Die „Krakeeler" haben ihre Gründe, warum sie nicht mitsiedeln. Herr Schmude liebt recht viel Tamtam und recht lange Artikel über seine Person in den Zeitungen, in denen alles recht rosig dargestellt wird. Die sechs Siedler scheinen übrigens auch keine klassenbewußten Arbeiter zu sein, sonst hätten sie dem neuen „Arbeiterführer" Hauptmann Schmude schon längst den Rücken gekehrt, der mit seinen an sich ganz löblichen Versuchen Fiasko gemacht hat." —

Parteinachrichten.

Diesdorf. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch den 11. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Picht. [389

Arbeiter-Jugendvereine.

Diesdorf. Arbeiter-Jugend. Am Mittwoch Liederabend bei Picht. Instrumente mitbringen. [389

Groß-Ottersleben. Mittwoch abend 8 Uhr Reigenprobe. Vollzähliges Erscheinen erforderlich. [2244

Kreis Jerichow 1 und 2.

Arbeiter-Jugendtag.

Am Sonntag den 15. August findet in Parchau ein Kreis-Arbeiter-Jugendtag statt, zu dem alle Arbeiterjugendvereine des Unterbezirks und der Nachbarkreise sowie alle Freunde der Arbeiter-Jugendbewegung eingeladen sind.

Programm:

9 Uhr Kreiskonferenz. (Nichtmitglieder haben als Gäste Zutritt.) 2½ Uhr Festumzug unter Beteiligung des Parteivereins Parchau. Anschließend Jugendfest auf dem Festplatz und im Lokal von Ahlert.

J. A.: E. Schumacher, Burg, Magdeburger Straße 22.

*

Burg, 10. August. (Rote-Mühle-Spiel.) Am Sonnabend abend sind viele Einwohner mit schwerem Herzen schlafen gegangen, wußte doch keiner, ob nicht noch weitere Explosionen erfolgen würden. Liegen da in der Kapellenstraße die Einwohner im tiefen Schlaf, als sie nachts gegen 1 Uhr durch lautes Krachen aus dem Schlafe geweckt werden. Notdürftig bekleidet eilen sie an die Fenster und auf die Straße und erblicken dort drei Personen, die dabei sind, mit Stöcken Fenster einzuschlagen und, wie sie sich geschmackvoll ausdrückten, „Rote Mühle spielten". Die Täter sind der Fleischer Brettschneider, Bruchstraße, ein gewisser Ringel, Burgstraße 14, und ein Karussellbesitzer Fuhrmann aus Niegripp. In der Kapellenstraße sind Scheiben in vier Häusern eingeschlagen. Vorher hatte die Gesellschaft im Restaurant „Zur Grund" schon fünf Scheiben zerschlagen. Daran war unter anderm auch der Tischlermeister Manisch beteiligt. Die Geschädigten haben Strafantrag gegen die Unfugstifter gestellt. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Schnarsleben, 10. August. (Eine Richtigstellung) zu unserm Artikel in Nr. 181 der „Volksstimme" „Praktisches Christentum" schickt uns der Gemeindekirchenrat: „Die Pfarrstelle gehört nicht zu den „fettesten geistlichen Pfründen", sie gewährt das für unsre Zeitverhältnisse immerhin bescheiden zu nennende Einkommen von 7385 Mark im Jahre. Die Pfarräcker sind bislang zu den niedrigen Preisen von 22 bis 65 Mark der Morgen verpachtet. Das sind Preise, zu denen sonst im Dorf Acker nicht zu haben ist. In zahlreichen Fällen ist die Pacht seit länger denn 20 Jahren nicht erhöht worden. Daß diese unsern Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht, bewies der Versteigerungstermin vom 4. August, in dem für Pfarräcker das Dreifache gegen früher geboten wurde. Der Beschluß, daß Pächter jetzt Kartoffeln und nach späterer Freigabe des Kornes solches zum Friedenspreis an den Pfarrer abgeben sollen, ist vom Gemeindekirchenrat gefaßt und durchaus nicht unbillig zu nennen. Die Behauptung, daß Pächtern innerhalb der laufenden Pachtperiode das Weiterbestellen des Ackers untersagt sei, ist unwahr. Kündigungen sind bislang überhaupt nicht ausgesprochen. Gekündigt worden ist im Vorjahr, ehe von einer Naturalabgabe überhaupt die Rede war, auswärtigen Pächtern, um die sogenannten kleinen Leute zu befriedigen. Von einem „Beutezug des Pfarrers auf die Tasche der Pächter" ist also durchaus keine Rede." — Wir glauben gern, daß der Pfarrer die Abgabe des „Zehnten" nicht unbillig findet, hoffen aber, daß sich unsre Genossen in der Gemeindevertretung doch einmal näher mit dieser Pachtangelegenheit befassen werden. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Förderstedt, 10. August. (In der Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins gab der Kassierer den Kassenbericht vom letzten Vierteljahr. Genosse Fricke hielt darauf einen Vortrag über die politische Lage. Er legte dar, daß wir uns jetzt in einer ähnlichen Lage befinden, wie vor Kriegsbeginn im Juli 1914 und wies auf die furchtbaren Folgen hin, wenn Deutschland zum Kriegsschauplatz werden würde. Es gilt unsre ganze Kraft einzusetzen, um die Neutralität Deutschlands zu wahren. Die Genossen Schulze, Wunderling und Osse äußerten sich in gleichem Sinne. Zum Schluß fand noch eine Aussprache über die Betriebsräte statt. —

Pömmelte, 10. August. (Gemeindevertretersitzung.) Bei Begräbnissen sollten nur die Leidtragenden auf den Friedhof zugelassen, andern Personen aber das Betreten während des Begräbnisses verboten werden. Die Vergnügungssteuer muß noch einmal, und zwar nach den Grundsätzen der Gemeinde Glöthe, festgesetzt werden. Ueber Ermäßigung oder Erhöhung soll der Ortsschulze nach Anhörung der Gemeindevertretung entscheiden. Mit dem Totengräber soll durch eine Kommission ein Tarif abgeschlossen werden. Die Arbeiterräte sollen zu den Gemeindevertretersitzungen nicht mehr eingeladen werden. — Beschlagnahmt wurden nachts vom Feldhüter mehrere Kiepen mit Rüben. —

Schönebeck, 10. August. (Diebstähle.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde beim Konfektionshaus Süßkind in der Poststraße die ganze Markise samt Stange gestohlen. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur. Auf einem Felde hinter der Fabrik von Held wurden etwa 1 Morgen Kartoffeln aufgegraben und mit einem Wagen abgefahren. Die Spuren gehen in der Richtung nach der Bleiweißfabrik. Die Untersuchung ist im Gange. — Höchstpreisüberschreitung. Trotz amtlicher Bekanntmachung, daß der Fleischpreis 9,40 Mark beträgt, hat ein Teil der Fleischer 10 Mark für das Pfund genommen. Wir machen den Hausfrauen den Vorwurf, daß sie durch eigne Schuld überteuert werden. Ehe sie zu den Fleischern gehen, sollen sie sich vorher ausrechnen, was es auf Marken gibt und nur das zahlen, was das Lebensmittelamt an Preisen bekanntgibt. Es muß auch verlangt werden, daß Polizei und Lebensmittelamt Kontrolle bei Verkäufen ausübt, um das Publikum vor Schaden zu bewahren. Eine Bäckerei in der Königstraße hat in zwei Fällen Brot ohne Marken verkauft. Für ein Brot wurden 6 Mark gezahlt. Anzeige ist erstattet. —

Staßfurt, 10. August. (Der erste Spatenstich) zu den beiden neuen Siedlungshäusern an der Löderburger Chaussee ist am Montag morgen gemacht worden. Das neue Prinzip des Bauens in städtischer Regie ist damit in die Praxis übergeführt worden. Wir hoffen zuversichtlich, daß es in den guten Händen, denen es anvertraut ist, sich für die Stadt als segensreich erweisen und alle die Widerstände, die sich ihm aus verschiedenen, nicht immer lautern Motiven entgegenstemmen, siegreich niederschlagen wird. Das Vergeben derartiger Bauten an Unternehmer, wie es bei den ersten vier Siedlungshäusern stattgefunden hat, ist wirklich nicht verlockend, denn eins von ihnen ist trotz der langen Bauzeit bis heute noch nicht beziehbar, und wenn die drei andern auch bereits bezogen sind, fertig sind sie darum immer noch nicht. Der betreffende Unternehmer hat dem dringenden Wohnungsbedürfnis nicht im geringsten Rechnung getragen. Da geht das Stadtbauamt mit ganz anderm Eifer ans Werk, das beweist schon die Schnelligkeit, mit der es alle Vorarbeiten erledigt hat, so daß schon jetzt mit der praktischen Ausführung begonnen werden kann — Der Aufseher des städtischen Aschenberges, Herr Weber, ist von seinem Posten zurückgetreten, an seine Stelle ist der Kriegsbeschädigte Herr Ruhland getreten. — Die Bahnhofsuhren. Die beiden Uhren außen und innen am Bahnhofsgebäude stehen schon seit langer Zeit still. Das macht erstlich keinen guten Eindruck, dann aber beraubt es viele Einwohner von Staßfurt und Leopoldshall, die gern ihre eignen Uhren nach diesen beiden stellen, um immer richtiggehende Uhren zu haben, der Möglichkeit, dies zu tun. Ist es denn so schwer, die Uhren wieder in Gang zu bringen? —

Altmark.

Beetzendorf, 10. August. (Die schwarzweißrote Post.) Aus Anlaß des Gauturnfestes des altmärkischen Turngaues wehten am Sonntag von vielen Häusern schwarzweißrote Fahnen. Besonders unangenehm fiel die große Fahne der Postanstalt auf, die nicht etwa das Schwarzrotgold der Republik, sondern die alten Farben des Kaiserreichs zeigte. Ist es dem verantwortlichen Reichspostbeamten wirklich so schwer, sich als Beamter nach den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu richten? —

Kleine Chronik.

Das Grubenunglück in Westfalen. Zu dem Unglück auf der Zeche Kaiserstuhl 2 von dem wir kurz berichteten, wird noch gemeldet: Am Sonntag morgen, etwas nach 6 Uhr, als die Nachtschicht ausfuhr, zog der Maschinist an der Fördermaschine den auffahrenden zweiten Förderkorb zu hoch bis unter die Seilscheibe. Das Seil riß, und der Korb stürzte, da die Fangvorrichtung versagte, in den Schachtsumpf. In dem Förderkorbe befanden sich 30 Bergleute; zwei wurden von dem abisausenden Korbe geschleudert und als furchtbar verstümmelte Leichen aufgefunden, während die übrigen, trotz angestrengtester Arbeit, bis jetzt nicht geborgen werden konnten. Außer den Toten wurden noch fünf Bergleute an den Anschlägen verletzt. Der Maschinenwärter Leopold Meier, der den Korb gehoben hat, verübte in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsadern durchschnitt; er wurde noch lebend in das Krankenhaus gebracht. Die Zeche Kaiserstuhl 2 gehört dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch. —

Italienermassaker in Amerika. In Westfrankfort (Illinois) hat ein furchtbares Italienermassaker stattgefunden. Wegen der Ermordung zweier Knaben durch einen Sizilianer zerstörte die rasende Menge das Italienerviertel, steinigte viele Italiener und erschlug sie mit Knütteln. Die italienische Kolonie, mehrere tausend Personen, mußte fliehen. Fünf Kompagnien Bundestruppen griffen ein, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Zahl der getöteten Italiener wird auf vierzig angegeben. Ueber hundert wurden verwundet. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Dyophat

Blutarmut!!!

Bei Bleichsucht, Nervosität, Schwäche ist Dyophat (Eisen-Mangan-Glyzerinphosphat mit Lezithin) ein geschätztes Kräftigungsmittel für jung und alt.

1800

Hof-Apotheke, Breiteweg Nr. 158, am Ulrichsbogen.

Vereine und Versammlungen.

Metallarbeiter.

Eine sehr gut besuchte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm am Sonntag den 8. August im „Konzerthaus" den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung vom 2. Quartal entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die 80 verstorbenen Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle. Im Geschäftsbericht dankt Kaulfers all denen, die vor 20 Jahren den Grundstein für unsern Verband gelegt haben, und gibt der Hoffnung Ausdruck, im nächsten Jahre das 30jährige Bestehen würdig feiern zu können. Die Mitgliederbewegung zeigt eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung, nur noch wenige Mitglieder fehlen an 20 000. Streike sind im zweiten Quartal nur zwei zu verzeichnen. Jedoch haben fast alle Branchen und auch die Großindustrie Lohnbewegungen erfolgreich abgeschlossen. Kaulfers gibt dann eingehend Auskunft über das Einstampfen der „Metallarbeiter-Zeitung" und stellt die in der hiesigen „Volksstimme" erschienenen Meldungen darüber richtig. Auch die Betriebsrätefrage wurde gestreift und vom Kollegen Kaulfers der Fall Katzner erläutert. Die Versammlung bewies durch erregte Zwischenrufe, daß das Verhalten der Großindustriellen in ihren Kreisen größte Empörung hervorgerufen hat. Zum Schluß seiner Ausführungen geht Kaulfers auf die Wirtschaftskrise ein und zeigt an der Hand von einwandfreiem Material, daß die alten Unternehmergewohnheiten jetzt schon wieder von den Arbeitgebern angewendet werden (Schwarze Listen).

Der Kassenbericht lag gedruckt vor, deshalb wurde eine mündliche Berichterstattung nicht gewünscht. Den Bericht der Revisoren gibt der Kollege Meier; er stellt den Antrag, da alles in bester Ordnung war, der Verwaltung Entlastung zu erteilen. In der Debatte behandeln Otto und Albert Winzer die Meldungen in der Presse und bitten den im dritten Punkt der Tagesordnung zu beratenden Antrag, der hiesigen „Volksstimme" die Druckaufträge zu entziehen, abzulehnen. Die Kollegen Wild, Weiß und Gruson polemisieren gegen die Kollegen Winzer, sind aber mit dem Geschäftsbericht einverstanden. Im Schlußwort geht Kaulfers auf die Ausführungen der Gebrüder Winzer ein und beweist, daß die Tatsachen von ihnen verdreht sind. Auch die Vorwürfe der Gebrüder Winzer, der alte Vorstand sei von Phraseuren weggejagt, wird von Kaulfers einwandfrei widerlegt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung stellt sich die Generalversammlung auf den Standpunkt, den Tarifvertrag der Metallindustrie nicht zu kündigen. Zum letzten Tagesordnungspunkt waren vier Anträge eingegangen. Der Antrag, das Sterbegeld aus der Lokalkasse zu erhöhen, wird abgelehnt, ebenso erging es den Anträgen über die Arbeitsvermittlung sowie dem, den Kollegen R. Müller zu einem Referat nach Magdeburg zu holen.

Angenommen wurde der Antrag, der hiesigen „Volksstimme" die Druckaufträge zu entziehen, weil nach Auffassung der Mehrheit der Generalversammlung die „Volksstimme" während der Reichstagswahl über Vorgänge in unserm Verband (eingestampfte „Metallarbeiter-Zeitung") geschrieben hat, die nicht den Tatsachen entsprechen und einen schädigenden Einfluß auf unsre Organisation ausgeübt haben. —

Bund deutscher Feldeisenbahner.

In der Bezirksversammlung sprach der Bundesvorsitzende, Oberbahnassistent Severin (Beresin), über die Forderungen des Bundes und die Stellung der Regierung, der Parteien und der Gewerkschaften dazu. Der Referent schilderte die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsstellen. Erst nach fast einjährigen schriftlichen und mündlichen Auseinandersetzungen ist es gelungen, die Nachzahlung der Teurungszulagen durchzusetzen. Die endgültige Erledigung ist bald zu erwarten. Die Nachzahlung der Nebengebühren für Lokomotiv- und Zugpersonal ist bereits für einen kleinen Teil genehmigt. Bei den übrigen Beamten muß die Entscheidung der Gerichtsverhandlung am 2. Oktober abgewartet werden. Auf die zur Auszahlung gelangende Entschädigung des beim Rückzug in Verlust geratenen Eigentums wird ein Zuschlag von 20 vom Hundert gezahlt. Dieser Erfolg ist gleichfalls den Bemühungen des Bundes zu verdanken. Der fast zweistündige Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zahlreiche neue Mitglieder wurden dem Bunde zugeführt. —

Wasserstände.

\+ bedeutet über. — unter Null.

Elbe.			Fall	Wuchs
Pardubitz	9. 8.	— 0,62	—	0,0'
Brandeis		+ 0,·1	—	0,02
Melnik	„	+ 0,30	—	0,04
Leitmeritz	„	+ 0,50	0,02	—
Aussig		—	—	—
Dresden	10. 8.	— 1,71	0,09	-
Torgau	„	+ 0.12	0,10	—
Wittenberg	„	—	—	—
Roßlau		+ 0,65	0,07	—
Aken	9. 8.	+ 0,81	0,07	—
Barby	10. 8.	+ 0,7·	—	—
Magdeburg	„	+ 0,68	—	0,02
Tangermünde	„	+ 1,15	0,04	—
Wittenberge		+ 0,81	—	0,05
Lenzen	10. 8.	+ 0,84	0,04	-
Dömitz		+ 0,28	0,02	—
Darchau	8. 8.	+ 0,17	—	0,03
Boizenburg	9. 8.	—	—	—
Hohnstorf	10. 8.	—	—	—

Mulde.			Fall	Wuchs
Düben	10. 8	—	—	—
Saale.				
Grochlitz	10. 8.	—	—	—
Trotha	„	+ 1,62	—	0,12
Bernburg Utp.	„	+ 0,69	—	0,10
Calbe Oberpegel	„	+ 1,41	—	0,0·
Calbe Unterpegel	„	+ 0,06	—	0,08
Grizehne	„	+ 0,17	—	0,12
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	9. 8.	+ 2,00	0,02	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,58	—	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,36	0,01	—
Rathenow Unterpegel	„	— 0,02	0,03	—
Havelberg	„	+ 1,03	—	—

Mit wenig Mühe

Kannst du Stiefel putzen

Nur musst du stets „Urbin" benutzen!

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Vertreter: Kurt Schwerdtfeger, Magdeburg-W., Kantstraße 4.

Geschlechts-Kranke

Rasche Hilfe! — Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß. Heilung in kürzester Frist. Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung u. andere Gifte. Manneschwäche, sofortige Hilfe. Über jedes der drei Leiden ist eine ausführliche belehrende Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und tausend freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen Einsendung von 60 Pfg. für Porto in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch

Spezialarzt Dr. med. Dammann,

Berlin G.77, Potsdamer Str. 123B.

Sprechstunden: von 9—11 u. 2—4 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Bergs Radikalmittel „Nicodaal". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. — Doppelpackung. Verkauf: Drog. Kaesebier & Ulrich, Gr. Münzstraße 19, in Burg Hirschdrogerie, Ferdinand Schröder. K290 Bitte ausdrücklich nur „Nicodaal" zu verlangen.

Die gute Zigarette

Bonitas

Optima

Kabarett

Extra

rein orientalisch

In neuer Auflage erschien:
Der gute Schriftführer und Berichterstatter
Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung Tätigen von Wilhelm Riepekohl.
Preis Mk. 3.60.
Nach auswärts 10 Pfg. Porto extra.
Buchhdlg. Volksstimme
Gr. Münzstr. 3.

Altes Papier-Geschäft mit gutem Umsatz u. Warenbestand u. schöner Wohnung (2 Stb., K. u. Kch.) weg. Fortzugs sofort geg. Kasse zu verk. Alt-Fermersleben Nr. 41.

Fahrrad-Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate, Gummi-Reparatur, Vulkanisier-Anstalt. Alfred Havliczek, Halberstädter Str. 116, H., im Hause von Coors' Schuhhaus. [3428

Verreist bis Ende August.
Vertretung in der Klinik Dreiengelstraße 15/16.
A1 San.-Rat Dr. Kirsch.

Sprechst. jetzt von 8 b. 9 u. 3 b. 5 — Künstl. Höhensonne — Dr. Goldberg Große Diesdorfer Straße 25.

Kl. Katze weiß mit schwarz und rot entlaufen, gegen Belohnung abzugeben Alter Markt 20/21, 3 Treppen.

Ehrenerklärung. Die Beleidigung, die ich dem Betriebsrat der Grube Marie bei Atzendorf zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück. 300 J. Lux, Unseburg.

Anna Brauns
Karl Stelzer
Verlobte 3448
M.-Cracau. Magdeburg.

Die Rollgebühren für das bahnamtliche An- und Abrollen der Eil- und Frachtstückgüter auf Bahnhof Magdeburg-Buckau werden vom 15. August 1920 ab anderweit festgesetzt. Näheres ergibt die auf der Güterabfertigung Magdeburg-Buckau aushängende Bekanntmachung. 3267
Magdeburg, im August 1920.
Eisenbahndirektion.

Schlafzimmer, Küchen, Sofas, Chaiselongues, Einzel- und Kindermöbel sehr preiswert. W. Diesing (Inh. Alb. Badelt), Dreienbrezelstr. 4.

Metallbetten 1860 Stahldrahtmatratz., Kinderbetten, Polster an jederm. Kat. frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Umpresshüte für Damen und Herren schnell und preiswert. Schwarz- u. Buntfärben. Lina Badelt, Olvenstedt. Str. 26.

Von der Reise zurück
E. Seeger, Dentist,
Halberstädter Str. 40, I.

Geschlechtsleiden

veralteter und chronischer Weißfluß, Pollutionen, Manneschwäche fanden nachweislich dauernde Heilung ohne Quecksilber- und Salvarsan-Einspritzungen ohne Berufsstörung durch unschädliche Kräuterkuren. Aufklärende Broschüre nach Dr. med. Hermann mit vielen Dankschreiben versendet diskret gegen Einsendung von 1 Mk.
C. F. Heinemann, Hannover, Windthorststraße 18.

Perladin

die Perle der Schuhputzmittel

kaufen Wiederverkäufer jeder Art ohne Zwischenhandel am vorteilhaftesten im Fabriklager bei 3260

Kurt de la Porte

Alleiniger Vertreter für Magdeburg. Kontor und Lager: Berliner Straße 27, Hof geradezu. — Telephon Nr. 5336.

Verkäufe.

Gut erhaltenen Anzug, Wäsche all. Art, Drell-Militär-Sachen, Stiefel kauft Schmiede, Franckestr. 9, pt. 3441

Gebr. Möbel ganz bill. Schlafzimm., echt Satin (Mar.), nußb. Wohnzimmer, Büfetts billige Küchen, Anrichten Möbelhalle Spennemann, Hohepfortestr. 41, a. Bötticherpl.

Bill. gr. Waschtoilette weiß Marmor, Aufsatzspiegel Chaiselongues — Stoff- und Plüschdiwans Möbelhalle Spennemann, Hohepfortestr. 41 a. Bötticherpl.

1758 Ia. Herings-Salat Räucherheringe
Fischkonserven-Fabrik Richter & Pott
Magdeb., Knochenhauerufer 25. Telephon 5//8.

Fleischmehl 10 Pfd. 15 ℳ, Ztr. 140 ℳ
Fischmehl 10 Pfd. 15.50 ℳ, Ztr. 145 ℳ
Hühnerfutter 10 Pfd. 22 ℳ, Ztr. 210 ℳ
Taubenfutter 10 Pfd. 17 ℳ, Ztr. 160 ℳ
Kartoffelflocken 10 Pfd. 16 ℳ, Ztr. 140 ℳ
Mais, Erbsen, Futterkalk Dr. med. Grableys Mineralsalz
H. O. Lübeck
Hasselbachstraße Nr. 3.

Frisch eingetroffene billige Prima Ferkel u. Pölke vert. Wolter, Grünstr. 5. 3453

Futterschweine große und kleine, zu verkaufen bei Karl Neubauer, Groß-Rodensleben. 1862

Stephanshallen
1846 das wirkliche Volks-Theater.
Anfang der Vorstellung 1/28 Uhr

ff. Liköre
Kognak-Weinbrand
Kognak-Verschnitt
Schwarzwälder Kirschwasser
Zwetschenwasser
Wachhld.-Branntwein
diverse Weine
künstliche Frucht-Limonaden
offeriert billigst [1859
A. Schiller Nachf.
Likörfabrik u. Weinhandlg.
Gr. Münzstr. 11
1. Laden von Ecke Kaiserstr.
Fernsprecher 1213.

Fürstenhof-Prunksaal.
Letzte Woche des großen Programms:
Zigeuner-Ballett
Elli Ritter
8 Glazeroffs 118
Die Amoretten
Karl Bernhard
2 Plankis, 2 Ottkas
4 Franklins
E. u. H. Jensen
Smaragdas Dressuren
Bölicke-Kremo.
Vom 16. bis 31. August bleibt der Prunksaal geschlossen.
:: Wiedereröffnung ::
mit einem weltstädtischen Varieté-Spielplan
am 1. September.

Fürstenhof-Tunnel.
Der Treffpunkt des guten Familien-Publikums!
Wochentags ab 7½ Uhr
Sonntags ab 4 Uhr
Gr. Vorstellung der bayrischen Bauerntruppe Sagerer
(16 Personen)
Freitags Programmwechsel.

Hofjäger
1836 Täglich abends 7.30 Uhr
Sensations-Gastspiel der beliebten
Original Leipziger Fritz-Weber-Sänger
Dir. Fritz Weber
Ein vollständig neues Weltstadt-Programm
u. a. das wunderbare Lebensbild
Kunst und Handwerk
und die tolle Burleske
Krätzscher als Hauptmann
a) Das Stubenmädchen und der Nachtportier
b) Die Militärmusik, Duett ges. v. H. Noack und Dir. Fritz Weber
H. Gebler in seiner charakter. Soloszene Ein Arbeitsloser. — R. Noack, d. brill. Damendarsteller als schöne Spanierin, außerdem d. große bunte Soloteil.
Vorverkauf b. C. Jacobs, Ulrichsbogen.
Von 4 Uhr an Garten-Konzert.

Städtische Theater.
Viktoria-Theater.
Mittwoch, 11. August, 7½ Uhr
Der Meister.
Donnerstag den 12. August
Sodoms Ende.

—UT—
Die Tochter des Mehemed
Das Mädchen aus der Wüste!
Hauptdarsteller:
Ellen Richter
Harry Liedtke
Ferner:
Die Erbin
mit 1844
Schmidthäßler und Seldeneck.

Kasino-Theater.
Heute 3449
Großer Damen-Ringkampf.

Das Blinden-Konzert welches am 12. August im Hohenzollernpark stattfinden sollte, muß leider wegen Krankheit auf 3452
Donnerstag den 26. August
verlegt werden.
Die blinden Künstler.

Zentraltheater
119 Allabendlich:
Die kleine Hoheit!
— Anfang 7¼ Uhr. —

Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendtisch à 2,00 Mk. Gast- u. Logierhaus Alt-Rose, Schwertfegerstr. 22. [2800

Fürsten-Café
mit hochmoderner 1843
Sommer-Palmen-Terrasse.
Jeden Nachmittag
● Elite-Damen-Kaffeekränzchen. ●
Täglich nachmittags und abends
Vornehme Salon-Musik.

„Sicher wie Jold!"
Heute Mittwoch den 11. August
Großes Volksfest
in der 3450
Wilhelma.
Kassenöffnung 2½ Uhr, Anfang 3½ Uhr.
Siehe Anschlagsäulen!

Herrenkrug
Heute Mittwoch ab 4 Uhr 1821
Extra-Konzert
Philharmonisches Orchester.

1780
Raucht Bonitas!

Arbeitsmarkt

Hausierer u. Händler gesucht zum Verkauf von Segeltuch-Schnür- und Spangenschuhen E29 mit Ledersohle sowie von Stoffpantoffeln mit Ledersohle. Abgabe zu Original-Fabrikpreisen. Karl Krebs, Magdeb.-Sudenb., Langer Weg 68, I

Angestellter für Bureau- und Außendienst gesucht. Meld. schriftl. Gartenbau-Verein Magdeburg und Umgeg., Lübecker Str. 39. 3456

Dampfpflug-Maschinisten welche schon längere Zeit Dampfpfluglokomotiven geführt haben, für die Provinz Brandenburg für sofort gesucht. Heinrich Böttcher Magdeburg, Kaiserstr. 84.

Zwei tüchtige Dachdecker stellt ein Ernst Hoffmeister, Langenweddingen. 3444

Zuverlässig., verheirateter Kutscher welcher guter Pferdepfleger ist und gute Zeugnisse besitzt, wird per sofort gesucht. 1769 E. A. Schulze & Co. Magdeburg, Fisch-Konserven-Fabrik Neustädter Straße 45.

Kontorlehrling mit guter Schulbildung und Kenntnis in Stenographie und Schreibmaschine wird sofort gesucht. Offerten unt. B B 500 an die Exped. dieser Zeitung.

Zurückgekehrt!
Sanitätsrat Dr. Friede
Spezialarzt für Haut-, Geschlechts- und Beinleiden
— Kaiserstraße Nr. 96. — M171

4000 Mark Belohnung

und strengste Diskretion sichere ich demjenigen zu, der mir die aus meiner Wohnung, Sandtorstr. 47, gestohlenen Silbersachen, Teppiche, Wäsche und Kleidungsstücke wieder herbeischaffen kann. 3442

Fritz Mittag.

Deutsch. Bauarbeiterverband
Bezirksverein Magdeburg.
Zentralverband der Zimmerer
Zahlstelle Magdeburg.

Wir weisen hierdurch darauf hin, daß nach der letzten Verhandlung mit dem Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe der Lohn für Maurer und Zimmerer ab 15. Juni bis 29. Juli 5.27 Mk. und für Hilfsarbeiter 5.17 Mk. die Stunde beträgt.

Wo der Lohn nicht gezahlt worden ist, ist Nachzahlung zu verlangen.

Ab 30. Juli beträgt der Lohn für Maurer und Zimmerer 5.60 Mk. und für Hilfsarbeiter 5.50 Mk. die Stunde. Ueber den Abschluß des Ortsvertrages finden weitere Verhandlungen statt. 161

Für den Deutschen Bauarbeiter-Verband: Heinemann.
Für den Zentralverband der Zimmerer: Rogge.

heit des Reichstags verwarf die gegenteiligen sozialistischen Anträge.

Noch eine andre juristisch strittige Frage wurde von dem Redner unsrer Partei angeschnitten: ob auch diejenigen amnestiert werden, die anläßlich der Januar- und Märzunruhen 1919 verurteilt worden sind, da zu jener Zeit noch keine Verfassung bestand? Ohne daß die Regierung widersprochen hätte, erklärte unser Fraktionsredner bei der Beratung des Gesetzentwurfs, selbstverständlich müßten auch die Januar- und Märzkämpfer unter das Gesetz fallen.

Trotz aller Mängel haben die sozialistischen Parteien für das Gesetz gestimmt und für Tausende Familienväter öffnen sich nunmehr die Tore zur persönlichen Freiheit. —

Tirpitz gesteht seine Schuld.

Einer der Hauptschuldigen am Ausbruch des Weltkriegs, sicher der Hauptschuldige daran, daß England auf die Seite unsrer Feinde trat und der Krieg mit der vernichtenden Niederlage Deutschlands endete, der frühere Großadmiral von Tirpitz, besitzt die hervorragende Dreistigkeit, wieder in die Oeffentlichkeit zu treten. In den „Grenzboten" veröffentlicht er einen Brief an einen Hamburger Herrn, der seinerseits ein Zusammengehen Deutschlands mit England für die einzige Zukunftsmöglichkeit hält. Demgegenüber tobt Tirpitz seinen alten Englandhaß aus und sucht die Ansicht des Adressaten zu widerlegen. Von seinen Ausführungen, die übrigens vor ihrer Veröffentlichung in Deutschland Wort für Wort in der Londoner „Times" erschienen sind zur höheren Freude der englischen Imperialisten und Deutschenfresser, sei folgender Absatz wiedergegeben:

Daß die Geschichte und die Entstehung des englischen Imperiums für meine Auffassung spricht, wird kaum bestritten werden können, und es kann eigentlich nur die Frage aufgeworfen werden, ob bei den Verhältnissen, wie sie um die Wende des Jahrhunderts sich herausgebildet hatten, es möglich war, uns mit England lediglich auf gemeinsamer geschäftlicher Basis zu arrangieren oder ob es für dieses auch von mir gleichzeitig angestrebte Ziel notwendig war, das geschäftliche Verhandeln durch den Besitz eigner, auch gegen England effektierter Macht zu erleichtern. Sie haben das erstere für möglich gehalten, während ich der Ansicht bin, daß dieser Weg bestenfalls nur zu einer societas leonina (ein Vertrag mit dem Löwen, wonach also der eine Teilnehmer, natürlich England, allen Gewinn, der zweite, Deutschland, allen Schaden ohne Gewinnanteil haben würde. Red.) hätte führen können. Sie haben die Auffassung, das hätte uns genügen können, und nach dem Verlauf des Krieges werden gewiß viele Deutsche die billige Bemerkung hinzufügen, eine societas leonina wäre der heutigen Lage Deutschlands doch sehr vorzuziehen. Was den ersten Punkt betrifft, so war und bin ich noch heute der Ansicht, daß es die Pflicht einer so großen Kulturnation wie Deutschland war, den Versuch zu machen, sich frei und unabhängig neben der angelsächsischen Welt zu behaupten. Das aber konnte in einem Abhängigkeitsverhältnis zu England nie erreicht werden. Wir konnten aber auch, selbst wenn wir uns hingaben, das von Ihnen gedachte Freundschaftsverhältnis mit England meines Erachtens nie erreichen.

Tirpitz gesteht hier zu, daß er den Krieg gegen England auf alle Fälle gewollt hat, weil er ihn für die Pflicht Deutschlands hielt. Wer die verhängnisvolle Rolle dieses Mannes in der deutsch-englischen Politik kennenlernen will, dem empfehlen wir den zweiten Band der Erinnerungen des damaligen Londoner Botschaftsrats Freiherrn von Eckardstein zur eindringlichen Lektüre. Eckardstein weist nach, wie gerade um die Jahrhundertwende, auf die Tirpitz oben anspielt, gute Möglichkeiten bestanden, mit England nicht nur zu den besten Beziehungen, sondern zu einem förmlichen Bündnis zu gelangen.

Ansätze zu einer dahinzielenden Politik wurden mehrfach gemacht, aber immer wurden sie hintertrieben, hauptsächlich durch drei Personen: Wilhelm 2., von Holstein und den Admiral von Tirpitz. Der Exkaiser hat allerdings mehr unbewußt durch seine groben Taktlosigkeiten und seine fortwährend wechselnden Entschlüsse das englisch-deutsche Einvernehmen durchkreuzt und England zur Einkreisungspolitik veranlaßt.

Um so zielbewußter aber hat Tirpitz auf den Krieg und gegen die Verständigung mit England hingearbeitet. Seine Auffassung war mit nüchternen Worten die: die Politik habe England so lange hinzuhalten, bis er mit seiner Flotte fertig sei, um über England herzufallen.

Eckardstein, dem Tirpitz persönlich ein Privatissimum über seine Politik gehalten hat — ungnädigst, weil Eckardstein auf die Verständigung mit England hinarbeitete —, bekundet uns nicht nur diese Richtung der Tirpitzschen Politik, sondern er ist uns auch ein Zeuge dafür, wie Tirpitz im entscheidenden Augenblick durch eine Immediateingabe beim Exkaiser durchsetzte, daß die deutschen Geschäftsträger die von ihm eingeleitete Verständigungspolitik fallenlassen mußten.

Und dieser schlimmste Schädling am deutschen Volke wagt heute nicht nur sich zu zeigen, er wagt gar, weiter in dieser Art zu wühlen! Und die reaktionären Scharen spenden ihm Beifall. Die Schuldigen verbünden sich mit einem der Hauptschuldigen. Sie wollen sich alle schützen und viele Ahnungslose laufen ihnen in die Fallen. —

Folgen des Kohlendiktats.

Gemäß der Weisung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung muß infolge des Kohlenabkommens von Spa mit wesentlichen Einschränkungen in der Zuweisung von Steinkohle an die Industrie allgemein sofort gerechnet werden. Die Kohlenwirtschaftsstelle weist daher ausdrücklich darauf hin, daß die schnellste Umstellung auf rationelle Verfeurung von Rohbraunkohle und von andern minderwertigen Brennstoffen im eigensten Interesse aller Betriebe liegt, da voraussichtlich auf unabsehbare Zeit mit einer auch nur einigermaßen ausreichenden Lieferung von Steinkohlen und wohl auch von Brikette nicht zu rechnen sein wird.

Betriebe, deren spezifischer Kohlenverbrauch zu hoch ist, oder die von geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, werden in Zukunft mit hochwertigen Brennstoffen nicht mehr beliefert werden können.

Betriebe, die sich in absehbarer Zeit ganz oder teilweise auf Verfeurung von Rohbraunkohle oder von andern minderwertigen Brennstoffen umstellen können, werden ersucht, der Kohlenwirtschaftsstelle so bald als möglich den voraussichtlichen Zeitpunkt der Umstellung und ihren danach erforderlichen Brennstoffbedarf, unter Angabe, ob Bahn- oder Wasseranschluß vorhanden, anzugeben. —

Waffenschiebungen in Erfurt.

Schon bei Besprechung des Spitzelberichts der „Magdeb. Ztg." haben wir darauf hingewiesen, daß seine Veröffentlichung nur den Zweck hätte, die Vorbereitungen für den Rechtsputsch zu verdecken. Daß unsre Behauptung richtig war, beweisen jetzt riesige Waffenschiebungen in Erfurt. Unser Eisenacher Parteiblatt schreibt darüber:

Seit einiger Zeit kursieren in Erfurt Gerüchte über die Herstellung von Militärwaffen aller Art, die der Gegenrevolution in die Hände gespielt werden sollen. Nunmehr ist es gelungen, einen dieser Transporte abzufangen, und zwar wurde auf dem Bahnhof in Halle ein Transport von vier Waggons Gewehren angehalten. Der Absender dieses Transports ist eine Firma Hille in Erfurt und der Empfänger ist ein Herr Hille in Jüterbog.

Eine Firma Hille gibt es in Erfurt nicht, sondern in ganz Erfurt wohnt nur ein Gerichtsassessor Hille. Es ist schon daraus, daß Absender und Empfänger anscheinend die gleichen Personen sind, zu ersehen, um was für einen Transport es sich handelt.

Auf dem Bahnhof Erfurt stehen zurzeit fünf Waggons mit unzähligen Gewehrläufen, Maschinengewehrläufen, Gewehrschlössern 98 und fertigen Schußwaffen. Ein weiterer Waggon wurde von der Speditionsfirma Liesegang in Erfurt verladen. Im Reichswert wurden 35 000 fertige Gewehrschäfte verladen, und alle diese Waffen sollen angeblich der Treuhandgesellschaft gehören.

Es ist dringend erforderlich, daß die maßgebenden Stellen sich umgehend dazu äußern, wozu die Treuhandgesellschaft diese vollständig neuen Waffen benötigt und wer die Kontrolle über die Verwendung dieser gewaltigen Anzahl Waffen ausübt.

Da nicht anzunehmen ist, daß Assessor Hille und die Treuhandgesellschaft im kommunistischen Fahrwasser schwimmen, so sind die Waffen entweder für einen Rechtsputsch bestimmt oder sie werden ins Ausland verschoben. Da nur kriegführende Länder daran Interesse haben, hat die Regierung die doppelte Verpflichtung einzugreifen, wenn ihre Neutralitätserklärung im Ausland ernst genommen werden soll. —

Die hohen Preise für Volksbekleidung.

Zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses der Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle und einem Mitglied dieses Ausschusses, einem sächsischen Fabrikdirektor, findet eine polemische Auseinandersetzung statt, der wir folgende sehr interessanten Darlegungen entnehmen. Der Fabrikdirektor schreibt:

„Ich habe es als einen Fehler in der Führung der Lumpen- und Kunstspinnstoffwirtschaft erklärt, daß man die bei Kriegsende bei uns vorhanden gewesenen Rohmaterialien nicht zur planmäßig geordneten Herstellung der so dringend notwendigen Volksbekleidung verwendete, sondern dieselben dem freien Handel zu beliebiger Verwendung auslieferte. Ich habe auf die große Verteurung der Volksbekleidung hingewiesen, die auch zum Teil aus diesem Fehler entstanden ist. Herr M. findet nichts Unrechtes dabei, wenn der Arbeiter, wie ich es in meiner Abhandlung geschildert habe, für einen Barchent aus Kunstbaumwolle, dessen Herstellung keinerlei besondere Intelligenz des Fabrikanten erfordert, anstatt 3,25 Mark pro Meter, wie er in der Zwangswirtschaft soeben noch hergestellt werden konnte, 24 Mark in der freien Wirtschaft, aus den inzwischen dorthin abgegebenen Rohmaterialbeständen hergestellt, bezahlen mußte. Ich wollte ja gerade durch die Zwangsbewirtschaftung der Vorräte verhüten, daß deren Preise, sich nach den Weltmarktpreisen richtend, um so höher steigen, je niedriger die Mark im Ausland sinken konnte. Weil man die Bestände dem freien Markt zuführte, so kosteten eben solche, die soeben noch mit 1 Mark pro Kilogramm aus der Zwangswirtschaft abgelassen wurden, bald darauf jehnmal mehr und veranlaßten bei uns Warenpreise für den Arbeiter, die denselben zu Lohnerhöhungen nötigten.

Jetzt sitzen die Händler auf hohen Warenpreisen, zu denen sie nicht verkaufen können. Die Käufer wissen, daß z. B. Waren aus 20er Baumwollgarn gefertigt wurden, die bis 160 Mark per Kilogramm kosteten, heute aber bis zu 47 Mark herabgesetzt gehandelt werden. Dem entsprechen die heruntergesetzten Preise in den Geschäften noch lange nicht. Die Käufer streiken also fort; wie lange noch, etwa bis die aus den so verbilligten Garnen erzeugten Waren angekommen sind? Solange die Käufer streiken, solange fehlen den Fabrikanten die Aufträge und den Arbeitern die Arbeit. Was soll geschehen? Diese Frage muß zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Reichswirtschaftsstellen schnellstens besprochen werden. Hoffentlich konstituieren sich zu dem Zwecke die Reichswirtschaftsstellen recht rasch in paritätischer Besetzung, wie solche für die Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe bereits Anfang d. J. beschlossen, aber noch bis heute nicht durchgeführt wurde.

Die bei der Reichs-Habern-A.-G. vorhanden gewesenen Bestände in Wollumpen sind genau wie die Baumwollumpen kurz nach Aufhebung der Beschlagnahme wegen der Entwertung des Markkurses unvernünftig in die Höhe gegangen. Jetzt befinden sich die Stoffe aus den teuren Wollumpen ebenfalls in den Lagern der Verkaufsgeschäfte. Inzwischen ist der Kurs der Mark gestiegen. Jetzt müßte der Fabrikant dem Händler eigentlich den früher wegen der Markentwertung aufgeschlagenen Preis, der lediglich Konjunkturgewinn darstellt, zurückzahlen, damit die Waren auch so billig verkauft werden können wie die, welche jetzt wegen der Besserung des Markkurses billiger abgegeben werden. Wenn kein Ausweg gesucht wird, daß die Händler ihre teuren Waren ohne zu großen Verlust zu erleiden recht bald loswerden können, so entsteht in der Textilindustrie eine ungeahnte Katastrophe."

Die Beschaffung der Bekleidung ist eine sehr wichtige Angelegenheit der Volksgesamtheit, zum größten Teil eine technisch einfache Massenproduktion. Dem Wucher der Unternehmer und Schieber kann nur auf dem Wege der Organisation beigekommen werden. Eine Organisation, die nicht von einer Bureaukratie, sondern von Leuten der Praxis geschaffen werden müßte. Die sich täglich mehrende Schar der arbeitslosen Textilarbeiter dürfte bald lauter sprechen, wenn die organisierte Arbeitsbeschaffung nicht in aller Kürze einsetzt. —

Boykott-Ende gegen Ungarn.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht das Manifest des Sekretärs Finimen vom Internationalen Gewerkschaftsbund über die Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn.

In dem Manifest wird betont, daß der Boykott jetzt abgebrochen werde, nicht weil die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes voll erfüllt seien, sondern weil die gewerkschaftliche Internationale noch nicht stark genug sei in ihrem Kampfe für Recht und Menschlichkeit.

Das Manifest hebt hervor, daß die Arbeiter und Angestellten Deutschösterreichs, der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumäniens den Boykott mit allen Kräften unterstützten, daß jedoch in verschiedenen Ländern, die nicht direkt an Ungarn grenzen, die Arbeiter nicht die notwendige Kraft aufboten.

Der letzte Grund für den Abbruch des Boykotts liege jedoch in der Tatsache, daß das Ungarn des weißen Terrors direkt und indirekt durch die Ententeregierungen unterstützt werde.

Das Manifest betont schließlich, daß der geführte Kampf nicht umsonst gewesen sei. Die ganze Welt wisse jetzt, was in Ungarn geschehen sei und noch dort vor sich gehe. Wenn der ungarische Ministerpräsident seine der ungarischen Arbeiterschaft gemachten Zugeständnisse nicht erfülle, treffe die Verantwortung hierfür die Entente. —

Das österreichische Tabakmonopol.

Zwischen Deutschösterreich und Holland fanden Verhandlungen wegen der Uebernahme des österreichischen Tabakmonopols durch ein holländisches Konsortium statt. Oesterreich versprach sich davon eine bessere Versorgung mit Tabakwaren und erhöhte Staatseinkünfte. Die Holländer waren sogar bereit, einen höheren Betrag als den geforderten zu bewilligen. Trotzdem sind seinerzeit die Verhandlungen gescheitert und lange Zeit konnte man sich die Gründe nicht erklären. Jetzt erst werden die Ursachen bekannt.

Das holländische Konsortium knüpfte an die Uebernahme die Bedingung, daß in Deutschösterreich für die Tabakarbeiter

die Arbeiterschutz-Gesetzgebung aufgehoben

würde und auf den Stand vor November 1918 zurückgeführt würde. Die Forderung wurde damit begründet, daß bei Anwendung dieser Bestimmungen eine Kalkulation unmöglich sei. Die österreichische Regierung lehnte es ab, den Tabakarbeitern die Vorteile der neuen Gesetze zu berauben und darum zerschlugen sich die Verhandlungen.

Dieser Vorgang zeigt deutlich, wie wichtig es war, daß die österreichischen Sozialdemokraten nicht nach unabhängigen Grundsätzen handelten, sondern in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eintraten, statt diesen allein die ganze Macht zu überlassen, wie es die Unabhängigen in Deutschland tun. Es ist sehr fraglich, ob eine rein bürgerliche Regierung so entschlossen den holländischen Wünschen sich verschlossen hätte.

Das Beispiel ist aber auch ein Beweis mehr, daß Oesterreich nur gesunden kann, wenn es nicht gezwungen wird, mit Staaten Wirtschaftsabkommen zu treffen, deren Arbeiterschutzgesetzgebung weit hinter der seinen liegt. Oesterreich wird Schwierigkeiten, die ihm daraus erwachsen, nur vermeiden, wenn ihm der Anschluß an Deutschland ermöglicht wird, das in seinen Arbeiterschutzgesetzen mit ihm so ziemlich übereinstimmt. —

Notizen.

Allgemeine Arbeitspflicht in Bulgarien. Die bulgarische Sobranje hat ein Gesetz über die allgemeine Arbeitspflicht in Bulgarien angenommen. Danach sind alle Bulgaren, die Männer mit dem 20. und die Frauen mit dem 18. Lebensjahr, verpflichtet zu arbeiten, das heißt, dem Staate den Tribut ihrer Arbeit zu leisten. Sie werden in allen Gebieten des wirtschaftlichen Auf- und Neubaues in Anspruch genommen, zum Bau von Verkehrslinien, Kanälen, Eisenbahnen und zu deren Inbetriebhaltung. Sie werden in gleicher Weise herangezogen werden zum Bau der staatlichen und kommunalen Gebäude, in den Bergwerken, in den Werkstätten und in den Fabriken. Die Dienstleistung wird durch eine eigens geschaffene „Generaldirektion der Arbeit" kontrolliert werden. Ein jeder Bulgare ist persönlich zu dieser Arbeitsleistung verpflichtet und darf einen Ersatzmann nur stellen, wenn er krank ist oder wenn er im Gendarmeriekorps Dienste leistet; die Frauen, wenn sie verheiratet sind. Kein Bulgare darf eine fremde Staatsangehörigkeit annehmen oder auswandern, bevor er seiner Dienstpflicht nicht Genüge getan hat. Die Männer müssen 16, die Frauen müssen zehn Monate Dienst tun. Davon sollen die ersten drei Monate der fachlichen Ausbildung dienen. —

Die deutschen Seeleute. Der Sekretär des Internationalen Seemannsbundes, Havelock Wilson, der gegenwärtig in Brüssel weilt, erklärte einem Mitarbeiter des „Soir", es bestehe kein Grund mehr, den Deutschen den Beitritt zum Internationalen Seemannsbund zu verwehren. —

Depeschen.

Die Landung in Irland verhindert.

W. T. B. London, 9. August. (Reuter.) Erzbischof Mannix, der durch seine finnfeinerfreundlichen Reden in Amerika bekannt geworden ist, und dessen Landung in Irland durch die englische Regierung verboten wurde, ist heute in Penzance durch einen Zerstörer, der ihn von dem Dampfer „Baltic" übernommen hatte, gelandet worden. Der Erzbischof reist nach London weiter. Die Irländer in Liverpool hatten anläßlich der Ankunft von Mannix eine Massenkundgebung veranstaltet. —

Amundsen.

W. T. B. Amsterdam, 10. August. Wie aus Nome in Alaska gemeldet wird, trat Amundsen am 8. August an Bord der „Maude" seine Nordpolexpedition an. —

Neue Kurse vom 1. Oktober ab

1768

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Kaufm. Tages- & Abend-Unterricht

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. kfm. Buchführ., Handels-Briefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissenschl. gepr. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.

Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Die neusten, schicksten Formen für

Umpreßhüte

fertigen in ca. 8 Tagen 1872

Kaplan & Potaschmann

Fabrik u. Hauptgeschäft: Georgenstr. 4
Fernspr. 6061. Filiale: Löbtschebofstr. 7. Fernspr. 6061

Ankerlin

der gute Schuhkrem

ist in **Friedensqualität** wieder überall zu haben. H286

Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.

Vertreter: **A. Seidel, Magdeburg, Königgrätzer Straße Nr. 4.** —

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken

jeder Art ohne Einbuße an Fasson u. Farbe sowie

Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu

1793 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Breiteweg 271, Kaiserstraße 13 (Ring, Wilhelmstraße), Jakobstraße 89, Johannisberg 15, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer Straße 229, Hohepfortestraße, Schönebecker Straße 26, Halberstädter Straße 111 (Eingang Rottersdorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.

Bürsten Bürsten

Schutzmarke

liefert billigst an Händler

Fr. Wilh. Becker

Bürstenfabrik, Prälatenstraße Nr. 20.
Telephon 2610 u. 2652. 1766

Der Naturstaat Reformvorschläge zu ungeahnt. Glück. Pr. 7.5 M. **Bilz Verlag, Leipzig.** A158

Englische u. amerikan. Zigaretten

Marke: Victoria, Picadilly, Royal Mail, Navy Cut, T. u. B., Chesterfield, Caviare, Goldflake Original Wills, ab meinem Lager hier. — Bitte Preise einzufordern.

Walter Deparade, Magdeburg Straßburger Straße 8. Telephon 6516. E29

Nogus

ist die beste und sparsamste

Schuhcreme!

Einmal versucht, immer gebraucht. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. 3414

Generalvertreter: Paul Hawacker
M.-Buckau, Klosterbergestr. 14. Tel. 3804.

Das Entzücken der Hausfrau!

Nur 120.00 Mk.

freibleibend kosten diese 4 garantiert Rein Aluminium-Kochtöpfe. — Franko-Nachnahme direkt ab Fabrik.

Inhalt: 4 3 2 1¾ Liter mit Deckel.

Hermann Detert & Co., Hannover 35

Prolos Prolos

Was ist Prolos?

Prolos 3451 Prolos

Ein großer Preissturz in Gardinen

ist unsere Ermäßigung von 20 Prozent auf die anerkannt billigen Verkaufspreise!

Gardinenhaus Methner

Magdeburg, Breiteweg 24, Ecke Berlinerstr.

Möbel-Ausstellung

in 4 Etagen

Verkauf geg. Barzahlung.

Auf Wunsch **bequeme Zahlungsweise.**

Möbel für 350 M., Anz. 70 M.
Möbel für 650 M., Anz. 125 M.
Möbel für 1020 M., Anz. 200 M.
Möbel für 1280 M., Anz. 260 M.
Möbel für 1525 M., Anz. 325 M.
Möbel für 1850 M., Anz. 375 M.
Möbel für 2050 M., Anz. 480 M.
Möbel für 2480 M., Anz. 600 M.
usw. 138

Wohn-, Schlaf- und Herrenzimmer

aparte Küchen — Einzelmöbel.

Verkauf zu billigen Preisen.

Spezialhaus für Möbel-Ausstattungen

A. Friedländer

Alte Ulrichstraße 11

Versand nach allen Orten

1809 **Musik-Kaufmann** Halberstädter Straße 40 **Altbekannt beste Bezugsquelle.** Jed. Instrument w. vorgespielt. Repar. in eigner Werkstatt.

Räumungsverkauf 1875
in Handleiterwagen
1, 3, 4 b, 6 Zentner Tragkraft
Ersatzräder v. 25 bis 8[illegible] cm Durchmesser, einzeln u. satzweise abzugeben.
Rogge, Schenkendorfstraße 17, 1.

Papier-Fahrradbereifung

Gummiersatz 143

100 000 fach bewährt, 1 Jahr Garantie, leichter, geräuschloser Gang, wie auf Vollgummi, keine Reparaturen, kein Aufpumpen, bei jeder Witterung gebrauchsfähig, unempfindlich gegen Nässe, Nägel, Scherben, Steine, verwendbar für Fahrräder aller Art mit Stahlfelgen. Man sende uns die Räder unverpackt per Post, Rücksendung nach 24 Stunden. Preis aufmontiert Mk. 35.00 für 2 Laufräder, bei Selbstmontage Mk. 30.00. Teuerungszuschlag 50%.

Papprohren-Walzwerk Mann & Co., Dresden 5.

Gut erh., stabil. Herrenfahrrad mit guter Gummibereif. u. Freilauf, fortzugsh. f. 550 Mk. zu verk. Besicht. v. ½6 b. ½8 Uhr abends. Arndtstr. 1, II r. [3440

Suche gut. Herren- od. Damen-

Fahrrad,

auch ohne Bereifung, zu kaufen. **Volgt, Papenstr. 15.** 3448

Gegen Würmer!

Spul- und Madenwürmer **wirksame Spezialmittel für Erwachsene und Kinder.** 1878

Hof-Apotheke
Breiteweg Nr. 158
am Ulrichsbogen.

Billiger Saison-Ausverkauf!

Ein Posten 1762

eleg. Anzüge

jetzt 275 u. 340 Mk. und höher, für Knaben von 40 Mk. an.

Anfertig. nach Maß

gute Stoffe, gute Verarbeitung, 600 Mk. und höher, **Gestr. Hosen** zu bill. Preisen.

Sieverlings
Etagengeschäft,
17 Jakobstraße 17.

Einige neue

Geldschränke

verschiedene Größen, sofort preiswert abzugeben. A1
H. Baumann, Magdeburg, Breiteweg 164. Tel. 1774.

Platin
Bruchgold
Bruchsilber

kauft zu den 3410 höchsten Tagespreisen

Erich Wilke

Uhren- und Goldwaren-Handlung

Breiteweg 215.

Rechtsbeistand

in Ehe-, Altmenten-, Straf- u. Steuersach., Rechtsauskunftei. Gesuche, Testamente, Beschwerden usw. **O. Beurer, Volksanwalt, Kleine Steinernetischstr. 5, I.** 1765

Quecksilber

kauft jedes Quantum

Kloster-Drogerie

Goldschmiedebrücke 3/4.

Umzüge

Fuhren aller Art Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort **Blaue Radler, Schöneckstr. 8. Telephon 5250 und 2475.** 1818

Möbeltransporte

innerhalb der Stadt, über Land sow. per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus

Ernst Funke

jetzt Buckau, An d. Elbe 8. **Telephon Nr. 4400.** 1814

• Segrega •

Gegen unreines Blut! 1878

Segrega-Pillen

Hof-Apotheke,
Breiteweg 158,
am Ulrichsbogen.

Brennholz

Buche, Eiche, Birke und Kiefer in Kloben oder ofenfertig gehackt von 10 Ztr. aufwärts liefert prompt u. später

Carl Wiemann 3267

Kohlenhandlg., Brennholz-Spalt- u. Sägewerk
Rogätzer Straße 22 — Tel. 7624.

Eich. Waschfässer

in folgenden Größen: 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150 cm, liefert prompt und preiswert

Friedr. Gadau, Hundisburg.

Kaufe am Donnerstag den 12. und Freitag den 13. August **jeden Posten neue Spiralbohrer**

Zahle höchste Preise. Sprechzeit von 10 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags.

G. Lenz, Neue Ulrichstr. 4, 1. Etage links.

PHOTO-Handlung | **Wilhelmstadt** Gr. Diesdorfer Straße 227 | **PHOTO-Atelier**

Wilhelm Schmidt

Geschäfts-Eröffnung

— Vorzügliche Photos in moderner Ausführung —

— Postkarten — | Billigste Preise! | Vergrößerungen

◆ **Spezialhandlung für Amateure** ◆

Alle Photo-Artikel der führenden Firmen einwandfrei. Uebernahme aller photogr. Arbeiten, Entwickeln usw.

Werkstatt für Bildereinrahmungen. — Rahmen aller Art.

---

20 Jahre jünger nach Gebrauch von **Exlepäng I.** Das beste Haarfärbemittel, weltberühmt u. erprobt. Karton 20.— Mk.

„Glatta" bestes **Enthaarungsmittel.** Erfolg garantiert. Karton 5.50 Mk.

Bei mir zu haben. 1787

R. Gembalowski

Breiteweg 208, Haltestelle Hauptpost.

Wegen Aufgabe

des Geschäfts zum 1. Oktober verkaufen wir zu 1761

herabgesetzten Preisen

Möbelhaus Wilhelmstadt

Gr. Diesdorfer Str. 226
: Ecke Matthissonstraße :

10 große Schaufenster